Der „Lübecker Volksbote" erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nr. 29. Freitag, den 3. Februar 1922. 29. Jahrgang.

Der Eisenbahnerstreik.

Drohender Generalstreik?

Verschärfung der Lage.

SPD. Berlin, 3. Febr. 12 Uhr mittags. (Eig. Drahtber.)

Entgegen aller Erwartung kann der Streik der Reichsgewerkschaft trotz der Gegenmaßnahmen der Regierung mit Ausnahme von Süddeutschland als allgemein durchgeführt gelten. Die Lage verschärft sich von Stunde zu Stunde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß mit einem allgemeinen Eisenbahnerstreik, vielleicht mit einem Generalstreik in Berlin, zu rechnen ist. Die Ausnahmeverordnung der Regierung und die Verordnung des Polizeipräsidenten haben eine starke Empörung in der Arbeiterschaft zur Folge gehabt. Zahlreiche Telegramme und Briefe an den Gewerkschaftsausschuß fordern die Einleitung des Generalstreiks.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat noch gestern abend beim Reichspräsidenten vorgesprochen und zu vermitteln versucht, um Unheil zu vermeiden. Sowohl der Vorstand des A. D. G. B. wie sämtliche der Asa angeschlossenen Verbände hielten am Donnerstag abend eine Sitzung ab, an der auch die Berliner Funktionäre des Deutschen Eisenbahner-Verbandes teilnahmen. Obwohl gegen den Willen der Verbandsvertreter der Streik beschlossen wurde, trat die Verbandsleitung an die Spitze. Die Sektion der Post- und Telegraphenarbeiter erklärte sich solidarisch, so daß für Berlin mit einer äußersten Verschärfung der Lage für heute zu rechnen ist.

Gegen die streikenden Führer wird scharf vorgegangen, sie werden verhaftet und die Kassen beschlagnahmt. Die Empörung innerhalb der Arbeiterschaft, die zweifellos zu Recht besteht und über die hinwegzugehen wir keinen Anlaß haben, wird von den Kommunisten und Unabhängigen ausgenutzt. Die Kommunisten haben am Donnerstag mittag im Preußischen Landtag einen Agitationsantrag eingebracht, und die Unabhängige Reichstagsfraktion einen solchen an den vertagten Reichstag, in dem die sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten gefordert wird, um die Grundrechte der Beamten zu schützen. Die „Freiheit" wendet sich in schärfster Form gegen die Regierung, verurteilt aber den Streik an und für sich. Der „Vorwärts" empfiehlt dem Ausschuß den Abbruch des Streiks und fordert die Regierung auf, die Verordnung zurückzunehmen. Heute ist die Entscheidung zu erwarten. Um 2 Uhr mittags treten sämtliche freien Gewerkschaftsverbände zu einer Sitzung zusammen, um Beschluß zu fassen.

Der Reichstagspräsident Genosse Löbe hat den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages abgelehnt, da unter den gegenwärtigen Umständen der größte Teil der Abgeordneten Berlin nicht erreichen kann und ein beschlußunfähiges Haus mehr als wahrscheinlich wäre.

Die freien Gewerkschaften gegen die Regierung.

Berlin, 3. Febr., 9½ Uhr vorm. (Eig. Telephond.)

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission von Berlin und Umgebung veröffentlicht gegen die Verordnung des Reichspräsidenten folgende Erklärung:

Gegen die unter dem 1. Februar erlassene Verfügung betr. Verbot der Arbeitsniederlegung von Beamten der Reichsbahn erheben wir schärfsten Protest. Sie bedeutet die vollkommene Ausschaltung des in der Verfassung garantierten Koalitionsrechts. Mit dieser Verordnung ist auch in den Kreisen der übrigen Arbeitnehmerschaft eine Empörung hervorgerufen worden. Wenn die Regierung glaubt, mit einem solchen Mittel künftige Forderungen ideeller wie materieller Art zurückweisen zu können, so wird sie auf den entschiedenen Protest der Arbeiterschaft stoßen. Da durch diese Verordnung das Koalitionsrecht gefährdet ist, verlangen wir die Aufhebung derselben. Gleichfalls verlangen wir die Beseitigung der Ausführungsverordnung des Berliner Polizeipräsidenten, die in ihrer Auswirkung jeden gewerkschaftlichen Kampf unterbindet.

Zum Streik der Reichsgewerkschaft der Beamten und Anwärter selbst Stellung zu nehmen, ist uns nicht möglich, da die Reichsgewerkschaft die freien Gewerkschaften und den Deutschen Eisenbahnerverband nicht unterrichtet hat. Ein derartiges Verhalten bei einem Streik, der von entscheidender Wirkung auf das wirtschaftliche Leben ist, widerspricht den gewerkschaftlichen Gepflogenheiten.

Alle von dem Streik berührten Arbeiter haben bezüglich ihres Verhaltens die Weisungen ihrer Organisationen einzuholen.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission.

Die Streiklage im Reiche.

Berlin, 2. Februar. (Drahtbericht.)

Das Reichsverkehrsministerium gab am Donnerstag abend folgenden Lagebericht des Streiks bekannt:

Am 2. Februar ist in fast sämtlichen Bezirken Norddeutschlands das Lokomotivpersonal fast vollständig, das Zugbegleitpersonal dagegen nur zum Teil in den Ausstand getreten. Ganz ausgenommen vom Streik ist das besetzte Gebiet und der Eisenbahndirektionsbezirk Kattowitz. Der Verkehr in der Nacht vom 1. zum 2. Februar ist im allgemeinen noch bis in den Morgenstunden durchgeführt worden. Die Eisenbahnverwaltungen haben den Verkehr zunächst nur vereinzelt aufgenommen, weil ein zuverlässiger Ueberblick über das dienstbereite Personal erst gewonnen werden muß. Von Berlin aus sind einzelne Personenzüge und vereinzelt Vorortszüge abgefertigt worden. Der lebenswichtige Güterverkehr, insbesondere Viehzüge, Milchzüge usw., wird von den Eisenbahndirektionen so weit wie möglich durchgeführt. Im Laufe des Tages wurde die Technische Nothilfe eingesetzt und für umfangreichen Schutz der Bahnanlagen Sorge getragen. In welchem Umfange es gelingen wird, am Abend des 2. Februar und am 3. Februar einen Notbetrieb für den lebenswichtigen Güterverkehr und dringenden Personenverkehr durchzuführen, läßt sich noch nicht übersehen. Es wird auch versucht, durch Heranziehung arbeitswilligen Personals von anderen Stellen diesen Notbetrieb zu sichern. Den betreffenden Beamten, Angestellten und Arbeitern werden die doppelten Reisekostengebühren neben der Aufwandsentschädigung gezahlt. Zur Aufrechterhaltung eines Notbetriebes können als Lokomotivführer auch Anwärter, Lokomotivoberheizer und Lokomotivheizer sowie deren Anwärter und Aushilfsfeuerleute beschäftigt werden.

Die Neigung zum Streik ist keineswegs allgemein. Süddeutschland (Baden, Württemberg und Bayern) steht dem Streik ablehnend gegenüber. Aber auch an einzelnen Stellen Norddeutschlands wird sogar vom Lokomotivpersonal der Streik abgelehnt. Nach Meldungen, die im Laufe des 2. Februar eingegangen sind, trifft dies für Halle, Sagan, Kottbus, Merseburg zu. Die Arbeiterschaft hält sich ebenfalls dem Streik fern und befolgt die von den Zentralvorständen herausgegebenen Erklärungen und Weisungen. Nachrichten über Gewaltakte der Streikenden sind bisher nicht eingelaufen.

•

Hamburg, 3. Febr., 11 Uhr vorm., (Eig. Drahtber.)

Die Streiklage ist heute morgen unverändert. Der Bahnhof liegt still, der Personen- und Vorortverkehr ruht. Verständigungsversuche wurden Donnerstag abend angebahnt, damit die wichtigsten Lebensmittel-, Kohlen- und Güterzüge durchgelassen werden können. Der Oberstaatsanwalt in Altona hat drei Streikführer verhaften lassen. In einzelnen Betrieben und Werkstätten ist das Personal gegen den Beschluß der Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes in den Streik getreten. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Hamburg, 3. Februar.

Die Folgen des Streiks machen sich empfindlich bemerkbar. Heute früh herrschte bereits starker Milchmangel. Die Kohlenlage ist schlecht. Die Oberschulbehörde hat für die nächsten Tage die Schließung sämtlicher Volksschulen wegen Kohlenmangels angekündigt.

SPD. Hannover, 3. Febr. (Eig. Drahtber.)

Das Lokomotivführerpersonal streikt bis auf wenige Ausnahmen. Das Zugpersonal ist vorhanden. Personen- und D-Züge verkehren nur vereinzelt. Arbeiter- und Milchzüge werden gefahren. Der Güterverkehr stockt bis auf einige Kohlenzüge. 3300 Mann sind ausständig; davon 3000 Lokomotivführer.

Bremen, 3. Febr. (Eig. Telephondienst.)

Da nur wenige Züge Bremen als Ausgangsstation haben, kommt eine größere eigene Aktion nicht in Frage. Die Lage in Bremen wird tatsächlich von der Gestaltung des Streiks in Hannover, Stendal, Geestemünde, Oldenburg usw. abhängen. Nach Ausgabe der Streikparole gestern morgen 9 Uhr ruht der Verkehr mit den Hauptplätzen. Heute morgen verkehrten gelegentlich noch einige Züge nach zwei Richtungen. Die Technische Nothilfe hat bisher noch nicht eingegriffen. Heute ist für den Nahverkehr ein Notfahrplan aufgestellt. Ob und inwieweit dieser durchführbar ist, hängt von der Zahl der zur Verfügung stehenden Lokomotiven ab. In Bremen herrschte bereits vor dem Streik großer Kohlenmangel. Er droht zur Katastrophe auszuwachsen, da Bremen auf westfälische Kohlen angewiesen ist und infolge des Eises Kohlen auf dem Wasserwege nicht nach hier befördert werden können. Die Industrie verfügt nur noch über Kohlenvorräte für wenige Tage. Auch für den Hausbrand fehlt Brennmaterial.

SPD. Essen, 3. Februar. (Eig. Drahtber.)

Eine stark besuchte Versammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner befürwortete mit allem Nachdruck, alle Notstandsarbeiten abzulehnen.

Berlin, 3. Februar.

Wie wir vom Deutschen Eisenbahnerverband erfahren, verurteilt die Verbandsleitung die Streiks einzelner Unterorganisationen. Der Deutsche Eisenbahnerverband wird noch heute in einer Erklärung seine Stellungnahme präzisieren und die Verurteilung eigenmächtigen Vorgehens zum Ausdruck bringen.

Streikbeschluß in Mecklenburg nicht befolgt.

Urabstimmungen.

Schwerin, 2. Februar.

Der Streikbeschluß der Reichsgewerkschaft für Mecklenburg-Schwerin ist heute noch nicht befolgt worden. Heute vormittag verkehren außerhalb des Landes noch alle fahrplanmäßigen Züge. Es ist auch nach der augenblicklichen Stimmung in der einheimischen Beamtenschaft nicht anzunehmen, daß wesentliche Störungen in Mecklenburg eintreten werden. Gestern abend hat die Landesstelle der Reichsgewerkschaft eine Urabstimmung der Vorstände mit Ausschluß der Fachgewerkschaften 6 und 7, die, wie bekannt, von vornherein eine ablehnende Stellung einnahmen, vorgenommen. In dieser Abstimmung ist der Eintritt in den Streik mit 5 : 5 Stimmen abgelehnt worden. Nicht einmal der Aktionsausschuß ist zusammengetreten. Heute beabsichtigte man für Schwerin eine Urabstimmung herbeizuführen.

Zu der durch den Streik beeinflußten Verkehrslage teilt die Eisenbahn-General-Direktion Schwerin folgendes mit:

„Innerhalb des Bezirks der Eisenbahn-Direktion Schwerin wird der Personen- und Güterverkehr bis auf weiteres aufrechterhalten. Ueber den Bezirk hinaus ist der Personen-Verkehr unterbunden. Ebenso werden von den Güterverwaltungen Güter nach außerhalb des diesseitigen Bezirkes nicht angenommen, auch nach Dänemark nicht. Folgende Ausnahmen bestehen noch: über Lübeck hinaus verkehren Personenzüge bis Hamburg. Güter werden angenommen für die Stationen der Lübeck-Büchener und der Eutin-Lübecker Bahn. D-Züge verkehren nicht."

Gewaltsames Eingreifen der Behörden.

SPD. Berlin, 2. Februar. (Drahtbericht.)

Die Situation verschärft sich von Stunde zu Stunde. Der Polizeipräsident in Berlin hat zwei maßgebende Streikführer verhaften lassen. Sämtliche Bankdepots der Reichsgewerkschaft, die mehrere Millionen betragen, sind beschlagnahmt worden. Zurzeit tagt die Generalkommission des A. D. G. B., um zu der Situation Stellung zu nehmen. Die Betriebsräte Groß-Berlins verlangen die Proklamierung des Generalstreiks für Freitag vormittag.

Die Haltung der Regierung.

Berlin, 2. Februar.

Obwohl der Eisenbahnverkehr bei einer ganzen Reihe von Direktionen heute zum Stillstand gekommen ist, wird

die Lage von der Regierung doch nicht pessimistisch betrachtet.

Es wird darauf hingewiesen, daß naturgemäß unmittelbar nach Beginn des Streiks die Wirkungen sich schärfer bemerkbar machen, da die Abwehrmaßnahmen einige Zeit brauchen, um zur Geltung zu kommen.

Die Eisenbahndirektionspräsidenten sind angewiesen worden, von der Verordnung des Reichspräsidenten in weite-

stem Umfange Gebrauch zu machen und bei den örtlichen Polizeibehörden den Erlaß ähnlicher Verordnungen, wie der des Berliner Polizeipräsidenten, zu erwirken. Die Gerichtsbehörden sollen beschleunigt die Aburteilung von Vergehen gegen die Notverordnung sowie gegen das Strafgesetzbuch vornehmen, ebenso soll die Einleitung von Disziplinarverfahren beschleunigt werden.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten sind sämtliche Berliner Bahnhöfe seit heute morgen von Schutzpolizeibeamten besetzt worden, die nicht nur die Bahnhöfe selbst sondern auch die Stellwerksanlagen, Schuppen, Werkstätten und Gleisanlagen zu sichern haben, um jeden Versuch der Sabotage unmöglich zu machen.

Infolge des Eisenbahnerstreiks beginnt die

Milchversorgung Berlins zu stocken.

Milchwaggons sind von den Kleinbahnen auf die Staatsbahn nicht mehr übernommen und Milchzüge auf der Staatsbahn festgehalten worden. Infolgedessen mußte die tägliche Milchration für Karteninhaber herabgesetzt werden, während ein freier Verkauf bis auf weiteres überhaupt nicht stattfindet.

Verhaftungen.

Beschlagnahme von Streikgeldern.

Berlin, 2. Februar.

Zwei Führer der Eisenbahnerstreikbewegung wurden heute morgen festgenommen, der Lokomotivführer Sperlbaum aus Nowawis, der erster Vorsitzender der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer ist und zugleich dem Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten angehört, ferner der Eisenbahn-Oberschaffner Tanzer aus Berlin, der Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Reichsgewerkschaft ist und das Amt des Kassierers versieht. Gegen beide ist ein Ermittelungsverfahren wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten eingeleitet.

Ferner sind bei verschiedenen Berliner Großbanken Konten mit Beträgen von mehreren Millionen Mark beschlagnahmt, die dort von verschiedenen streikenden gewerkschaftlichen Organisationen unterhalten werden. Noch ein dritter Streikführer, das Mitglied des Vorstandes der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter Thieme, ist in dem Augenblick verhaftet worden, als er einen größeren Betrag Streikgelder von einer Berliner Großbank abheben wollte. Die Summe wurde beschlagnahmt.

Der Postverkehr.

Berlin, 2. Februar.

Infolge des im Reiche, ausgenommen in Süddeutschland und dem besetzten Gebiete, stockenden Eisenbahnverkehrs ist der durchlaufende Postverkehr zum Teil unterbunden, zum Teil stark gefährdet. Die Annahme von Postsendungen, besonders von Paketen, muß deshalb von den Oberpostdirektionen, soweit und solange eingeschränkt werden, als die Erreichung des Bestimmungsortes aussichtslos ist. Die Beförderung lebenswichtiger Sendungen wird jedoch möglichst bevorzugt. Die von der Eisenbahnverwaltung eingerichteten Notzüge werden für die Postbeförderung benutzt. Soweit angängig richten die Oberpostdirektionen auch auf weite Entfernungen einen Reiseverkehr mit Postkraftwagen, gleichzeitig zur Beförderung der Briefpost ein. Soweit die beschränkte Zahl der flugbereiten Flugzeuge es gestattet, finden zur Beförderung eiliger Briefsendungen vom 3. Februar ab an einzelnen Tagen Gelegenheitsflüge von Berlin nach Dresden, Dortmund, Bremen, Hamburg, Stettin statt, die auf dem Rückwege zur Postbeförderung benutzt werden.

Das geplatzte Steuerkompromiß.

Wegen der Ernennung Rathenaus zum Außenminister hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei die Erklärung abgegeben, daß sie ihre volle Handlungsfreiheit in Steuerfragen zurückgewonnen habe. Sie hat also das Steuerkompromiß gekündigt, es für erledigt erklärt. Die Deutsche Volkspartei fährt in dem neuentbrannten Kampf sofort schwerstes Geschütz auf. Die Deutsche Volkspartei sei von Wirth und Ebert brüskiert, Rathenau trete sein Amt als Außenminister in vollem Gegensatz zu den produktiven Wirtschaftskräften Deutschlands an, und das Kabinett Wirth sei nichts weiter als eine unzuverlässige Minderheitsregierung. Mit einer solchen könne England nicht verhandeln und abschließen. England fordere, das zur Regierungsmehrheit auch die Wirtschaftskreise hinzugezogen würden, die in der Deutschen Volkspartei vertreten seien.

Das Benehmen der Deutschen Volkspartei — wir wollen richtiger künftig „englische" Volkspartei sagen, da sie ihre Machtansprüche ja gar nicht mehr auf deutsche Interessen, sondern auf Englands Willen stützt, — ist so ungeheuerlich, daß es überhaupt nicht gebührend charakterisiert werden kann. Nach außen hin hat man rein jesuitische Politik markiert und markiert sie noch. Aber daneben hat schon Dr. Becker, der volksparteiliche Sprecher, offen geschrieben, die „englische Volkspartei" habe das Kompromiß nur geschlossen, weil sie befürchtet hätte, daß sonst der Besitz noch größere Opfer hätte bringen müssen, und jetzt wird man vollends zynisch und läßt offiziell mitteilen, daß für die „englische Volkspartei" unerläßliche Voraussetzung für das Zustandekommen des Steuerkompromisses „eine Erneuerung des gesamten Ministeriums" gewesen wäre. Dabei ist zwischen den Parteien stets nur über die Steuerfragen, niemals über eine Regierungsumbildung verhandelt worden. Wenigstens hat man mit der Sozialdemokratie darüber überhaupt nicht gesprochen und von der Sozialdemokratie auch nicht ein Wort verlangt oder erhalten, daß als Einverständnis hätte gedeutet werden können.

Die „Freiheit" hat vollkommen recht, wenn sie die Methode der Volkspartei als politische Kamorra bezeichnet. Vollkommen recht auch darin, daß die Herren von der Schwerindustrie die ganze Staatsmacht an sich reißen wollen. Und dreifach recht endlich in der Brandmarkung der absoluten Steuerscheu der besitzenden Klassen. Aber ebenso vollkommen Unrecht hat die „Freiheit", wenn man sie meint, daß die „englische" Volkspartei den Rechtssozialisten, dem Zentrum und insbesondere Herrn Wirth eine gründliche Lektion erteilt habe. Worauf kam es denn an? Wir mußten eine Regierung haben, die der Entente bis zum vorgeschriebenen Termin des 27. Januar feste Vorschläge über die Zahlung der Reparation und die Gesundung des Etats machte, und die Regierung mußte davor geschützt sein, im Reichstage gestürzt zu werden; sie mußte sogar eine möglichst starke Mehrheit für sich, eine möglichst schwache Minderheit gegen sich haben. Das ist durch das Steuerkompromiß erreicht worden. Die Inszenierung zum Steuerkompromiß war die deutlichste Selbstgeißelung der „englischen" Volkspartei. Sie, die gegen Wirth gehetzt und ihm die unverschämtesten Schwierigkeiten bereitet hatte, mußte jetzt erleben, daß er aus zwingenden Gründen der Außenpolitik an der Spitze des Staates bleiben müßte. Sie, die die Erfüllungspolitik als Verrat und Versündigung am Volke gegeißelt hatte, mußte jetzt bestätigen, daß der Weg der Erfüllungspolitik der einzig richtige sei und fortgesetzt werden müsse. Für diese Unterwerfung unter die Vernunft hatte die Volkspartei keine Gegenleistung, kein Zugeständnis, kein Versprechen der Bildung der großen Koalition erhalten, wenigstens nicht von der Sozialdemokratie.

Diese Sachlage ist der englischen Volkspartei sehr bald unangenehm aufgestoßen, und sie hat sich nun in wilder Gier nach der Beute gedrängt, die sie bei dem Steuerkompromiß wahrlich nicht erhalten hatte. Wirth wollte Dr. Rathenau zum Außenminister ernennen. Eine Selbstverständlichkeit; denn er war schon seit Monaten der Unterhändler der Republik gewesen. Eine Notwendigkeit; denn er mußte als Chef der deutschen Delegation die Verhandlungen in Genua führen. Eine Unaufschiebbarkeit; denn es sind bis zur Konferenz nicht einmal mehr 5 Wochen, und Deutschland kann schließlich in der nationalen Politik nicht immer so arbeiten, wie sie mit den Herren Fehrenbach und Simons in Spa: „unvorbereitet, wie ich mir habe." Aber die „englische" Volkspartei erhob Einspruch. Bei dieser Gelegenheit wollte sie ihre Macht- und Regierungsansprüche durchsetzen: Groener und Giesberts wurden vorgeschützt, Robert Schmidt und Dr. Hirsch als Opfer gemeint; die beiden Verfechter der Erfassung der Sachwerte sollten auf dem Altar der großen Koalition geschlachtet werden, damit die Forderung nicht wiederkehre. Denn finanziell ist ja das Steuerkompromiß zweifellos nur eine Augenblickslösung. Die Deckung der Reparationslasten, das Aufhören des Papiergelddruckens ist damit nicht erreicht; war jetzt übrigens garnicht zu erreichen, wie die deutsche Denkschrift an die Reparationskommission schlagend nachweist. Der große Kampf konnte jetzt nicht ausgefochten werden. In den 5 Wochen bis Genua konnte man weder Reichstagsneuwahlen durchführen noch die Regierung Herrn Helfferich überlassen, in der zweifelhaften Hoffnung, daß die Reaktion sich rasch abwirtschaften würde. So mußte das Kompromiß geschlossen werden, das kein Prinzip aufgab und keine Zukunftsmöglichkeit ausschloß, daß für den Augenblick das besterreichbare war.

Der Reichskanzler hat das stürmische Drängen der „englischen" Volkspartei offenbar recht kühl abgelehnt. Er hat nach den Mitteilungen, welche die Blätter dieser Partei machen, die Ernennung Rathenaus als unaufschiebbar vollzogen und die Verhandlungen über eine völlige Regierungsumbildung als unzeitgemäß abgelehnt. Daher die Wut der Stinnesleute, daher ihre Kampfansage.

Aber blinder Eifer schadet nur. Die Volksparteiler werden mit ihrem Fehderuf schwerlich ein gutes Echo finden. Die Demokraten haben feierlich erklärt, daß sie dem Kanzler ganz zur Verfügung stehen und ihm in der Besetzung der Ministerien völlig freie Hand zu lassen. Unmöglich, daß sie jetzt diesen Grundsatz wieder verleugnen. Unmöglich, daß Zentrum und Sozialdemokraten etwa nachträglich den Forderungen der „englischen" Volkspartei entgegenkommen, nachdem sich ihr brutaler Machtcharakter gezeigt hat. Die „englische" Volkspartei soll uns eine Lektion erteilt haben? Uns scheint, daß Herr Dr. Wirth und die Regierungsparteien ihr eine gründliche Lektion gegeben haben.

Mögen nur die USP. sich hüten, daß sie nicht etwas von der Lektion bekommt, welche die Volkspartei soeben bezog. Kein Berliner Blatt feiert Wirth, Rathenau und ihre außenpolitischen Erfolge wärmer als die „Freiheit". Kein Blatt betont stärker die derzeitige außenpolitische Unentbehrlichkeit dieser Männer. Kein Unabhängiger wird die Tapferkeit Wirths im Kampf gegen Stinnes und die „englische" Volkspartei verkennen. Wenn es jetzt, d. h. nach Genua, zu Steuerwahlen kommt, dann wird die klare Frage: für oder gegen Wirth von den Unabhängigen klar beantwortet werden müssen, klarer jedenfalls als mit Teils-Teils, nämlich teils Hilferding-Breitscheidt, teils Rosenberg. Nie hat sich die Politik der SPD. so rasch und durchschlagend als richtig erwiesen wie diesmal. Möge die USP. beizeiten daraus lernen!

Poincaré gegen Genua.

Paris, 2. Februar.

Poincaré hat den Vertretern der alliierten Regierungen in Paris die Frage vorgelegt, ob die Verbündeten noch Interesse an einer Konferenz von Genua hätten, nachdem feststehe, daß die Vereinigten Staaten nicht an der Konferenz teilnehmen werden. Nach Ansichts Frankreichs sei der Oberste Rat ausreichend befugt, die im Interesse der Alliierten liegenden Entscheidungen von sich aus zu treffen.

Der Beginn des Konklaves.

Rom, 2. Februar.

Heute vormittag begannen die Zeremonien, die dem Konklave vorhergehen. Um 9 Uhr sind alle Kardinäle im Vatikan erschienen; sie begaben sich nach der Kapelle Paolina, worin die heilige Messe gelesen wurde. Vor dem Zuge gingen die Schweizer Leibgarde und die Nobelgarde, diesen folgten 50 Kardinäle in Begleitung ihrer Sekretäre. Die Messe wurde von dem Kardinal Ranuzzi gelesen. Nach der Messe las Monsignore Galli ein Gebet für den zu wählenden Papst.

Das Abrüstungsabkommen von Washington.

Washington, 2. Februar.

Das Abkommen über die Seerüstungen bestimmt die Gesamttonnage aller Einheiten erster Klasse, die jede Macht behalten kann. Danach beträgt die Gesamttonnage dieser Einheiten für Amerika 500 650, England 580 540, Frankreich 221 170, Italien 182 800 und Japan 301 320 Tonnen. Sobald das Abkommen in Kraft tritt, müssen alle andern Einheiten erster Klasse zum alten Eisen geworfen werden. Anderseits verpflichten sich hinsichtlich des Erlasses die Mächte, nachfolgende Gesamttonnagen nicht zu überschreiten: Großbritannien und die Vereinigten Staaten je 525 000 Tonnen, Japan 315 000, Frankreich und Italien je 175 000. Außerdem wird ein Hochkaliber der Geschütze der Einheiten erster Klasse festgesetzt. Das Abkommen schließt auch eine Vereinbarung über die Befestigung der Inseln im Stillen Ozean in sich. Der Vertrag soll bis 1936 stillschweigend fortlaufen, wenn nicht eine Macht vorher den Wunsch äußert, ihn aufhören zu lassen. In diesem Falle bleibt der Vertrag noch zwei Jahre vom Tage der Bekanntgabe dieser Absicht in Kraft.

Revision im Prozeß Oerter.

Braunschweig, 2. Februar.

Gegen das über den Ministerpräsidenten a. D. Oerter und Bankdirektor Schlesinger wegen Bestechung ausgesprochene Urteil wurde vom Verteidiger Oerters Revision eingelegt. Sicherem Vernehmen nach hat auch der Mitangeklagte Schlesinger Revision eingelegt.

Die Neugliederung des Reiches.

Der Gesetzentwurf im Reichsrat.

Berlin, 2. Februar.

Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf zur Ausführung des Art. 18 der Reichsverfassung (Neugliederung von Ländern) nach den Beschlüssen seiner Ausschüsse mit großer Mehrheit an. Der Berichterstatter Ministerialdirektor Meister führte aus: Nach Ansicht des Reichsratsausschusses bedarf der Artikel einer besonderen Ausführungsvorschrift nur insofern, als es sich um die Volksinitiative selbst handelt. Das Verlangen muß aus dem Volk selbst hervorgehen und lediglich für eine Forderung des Volkes ist es notwendig, besondere Vorschriften zu treffen, nicht aber darüber, wie die Reichsregierung, wenn sie in Ausführung des Art. 18 an den Erlaß eines Gesetzes herangeht, sich möglichst in Uebereinstimmung mit dem Volkswillen hält. Hierfür stehen ja eine Reihe anderer Mittel zur Verfügung. Der Gesetzentwurf lehnt sich an das Gesetz über den Volksentscheid an und trifft nur da besondere Bestimmungen, wo einzelne Abweichungen erforderlich erscheinen. Er führt für die Bekundung des Volkswillens drei Abschnitte des Verfahrens ein: Die Zulassung, die Eintragung, die Abstimmung.

Die Zulassung ist erforderlich, damit das Eintragungsverfahren, das besondere Feststellungen verlangt und mit Zeitaufwand und Umständen verbunden ist, nicht willkürlich in die Wege geleitet wird, sondern auf Grund der begründeten Erwartung, daß für die Umgliederung eine hinreichende Volksstimmung vorhanden ist. Die Zulassung ist so geregelt, daß 5000 Stimmen ausreichen sollen, um eine Einleitung des Verfahrens zu ermöglichen. Sind diese 5000 Stimmen aufgebracht oder ein gleichwertiger Antrag seitens eines Vereinsvorstandes gestellt, dann vollzieht sich in den Gemeinden die Eintragung in die beim Gemeindevorsteher aufzulegenden Listen. Wenn festgestellt wird, daß mindestens ein Drittel der wahlberechtigten Gemeindemitglieder die Umgliederung verlangt, so ist die Vorbedingung für eine Abstimung geschaffen, die sich nach den grundlegenden Regeln der Reichstagswahl vollzieht. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß auch sie selbst in der Lage sein muß, eine Abstimmung herbeizuführen. Seitens des Ausschusses ist das jedoch abgelehnt worden. Maßgebend war dabei, daß durch ein ordnungsgemäßes Verfahren die Kundgebung des Willens der Bevölkerung zu sichern sei. Auch die Reichsregierung müsse sich in die für die Volksabstimmung geltenden Vorschriften einordnen, namentlich wenn nicht in allen Gebietsteilen ein zustimmendes Votum zustande kommt. Ein solches Verfahren müsse als erfolglos gelten. Es darf der Regierung nicht die Möglichkeit gelassen werden, ihrerseits in dem verkleinerten Gebiet das Abstimmungsverfahren fortzusetzen. Mit diesen Beschränkungen war die Reichsregierung nicht einverstanden. Die Ausschüsse sind den Darlegungen der Regierung nicht gefolgt, sondern haben die Bestimmung aufgenommen, wonach ein von der Reichsregierung eingeleitetes Verfahren einzustellen ist, wenn auch nur in einem der betreffenden Gebietsteile die nötige Zahl der Unterschriften oder Stimmen nicht aufgekommen ist. Sollte neben dem Hauptantrag ein Nebenantrag gestellt sein, der die nötige Stimmenzahl auf sich vereinigt, so kann natürlich ein diesen Antrag betreffendes Verfahren weitergeführt werden.

Für die Abstimmungsberechtigung wurde die Heimatszugehörigkeit festgesetzt. Abstimmungsberechtigt soll sein, wer Reichstagswähler ist und an dem betreffenden Ort seinen Wohnsitz hat. Sonst soll stimmberechtigt nur derjenige sein, der mindestens ein Jahr sich in dem betreffenden Orte aufgehalten hat. Der Vorschlag der Reichsregierung, daß in Gebieten von nicht mehr als 30 000 Einwohnern das Zulassungs- und Eintragungsverfahren zusammengelegt werden könnte, wurde vom Ausschuß abgelehnt, um nicht Unredlichkeiten zu ermöglichen. Die Auslegung der Liste beim Gemeindevorsteher soll acht Tage dauern, und zwar sollen in diesen acht Tagen zwei Sonntage eingeschlossen sein. Als Frist für die Wiederholung einer Abstimmung, die einmal erfolglos verlaufen ist, wurden 10 Jahre festgesetzt, während die Reichsregierung 5 Jahre vorgeschlagen hatte. Während ferner die Regierung den Reichswahlausschuß mit der Prüfung und Feststellung des Stimmergebnisses beauftragen wollte, haben die Ausschüsse sich für das Wahlprüfungsgericht entschieden. Bevor die Sitzung geschlossen wurde, gab der Vorsitzende Minister Dr. Köster noch der Hoffnung Ausdruck, daß die dunkle Wolke des Eisenbahnerstreiks, die augenblicklich über Deutschland schwebe, vorüberziehe, ohne daß die Autorität der Reichsregierung und des Staates Schaden nehme.

Was wollte Stinnes in London?

Der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" teilt mit, die englische Regierung sei von Herrn Stinnes, als er im November in London war, mit folgenden Vorschlägen überrascht worden: Die Reichseisenbahnen gehen in den Privatbesitz des Stinnes-Konzerns über, der sie der englischen Regierung verpfändet, wofür diese dem deutschen Reiche die am 15. Januar fälligen 500 Millionen Goldmark zur Verfügung stellt. — Die von Stinnes beherrschte „Deutsche Allgemeine Zeitung" bezeichnet diese Meldung als erlogen, was natürlich kein Beweis für ihre Unrichtigkeit ist. Aber richtig ist jedenfalls, daß Herr Stinnes mit diesem oder einem ähnlichen Vorschlag in London kein Glück gehabt hat. Daher nun sein Groll gegen Rathenau, der einen besseren Erfolg davontrug.

Tschernoff über die Lage in Rußland.

Der alte Wortführer der russischen Partei der Sozialisten-Revolutionäre und ehemalige Präsident der Einigkeitskonstituante, Viktor Tschernoff, hielt am Montag vor dichtgefülltem Auditorium einen zweistündigen Vortrag über die Lage in Rußland und die Stellungnahme der von ihm repräsentierten Partei. Der wirtschaftlich maßgebende, politisch aber völlig entrechtete Teil der Bevölkerung, die Bauernschaft, führt einen hartnäckigen Kampf gegen die Sowjetgewalt, die jetzt auf wirtschaftlichem Gebiet kapituliert und den Rückzug angetreten hat. Der Bauernschaft fehlte bislang die Führung der Stadt, des Fabrikproletariats und der geistigen Arbeiter. Diese Schichten stellen sich indes immer mehr und mehr in die Kampffront gegen die Bolschewiki. Auf welche Weise wird nun die Ablösung des Bolschewismus erfolgen? Der Weg der Evolution sei ausgeschlossen, denn die stärkste Konzentration der politischen Macht ist die erste Voraussetzung des Bolschewismus, die es ihm ermöglicht, auf wirtschaftlichem Gebiete weitgehende Zugeständnisse an den Kapitalismus zu machen, wie er es eben tut. Daß die Bolschewiki von diesem Standpunkt abgehen, ist ausgeschlossen. Der zweite Weg, der Weg einer bonapartistischen Gegenrevolution, sei illusorisch, dazu fehlen alle Vorbedingungen. Es bleibe also der Weg einer gewaltsamen Auflehnung des Volkes, der Weg der aus seiner Mitte entstehenden und zum höchsten Punkt steigenden Revo-

lution. Ob dieser Weg nicht die winzigen kulturellen Aktivposten, die noch bisher vor der Zerstörung bewahrt geblieben sind, völlig zertrümmert und das Land in den Zustand eines Chaos hineintreibe? Der Redner glaubt nicht daran. Zwar werden die Gewaltsamkeiten nicht ausbleiben und manche Schichten der Bevölkerung darunter zu leiden haben, doch werde der Umsturz keine so verhängnisvollen Folgen haben, wie vielfach befürchtet wird. Der Verwaltungsapparat des Staates könne ebenso gut auch ohne die paar Kommunisten arbeiten, und der gesunde Menschenverstand der Bauern werde sogleich den Aufbau der Wirtschaft und der Ordnung stützen und erleichtern.

Mehr als einmal hat dieser unerschütterliche Glaube der russischen Partei der Sozialisten-Revolutionäre an den „gesunden Menschenverstand" und die sozialistischen Tendenzen der Bauernschaft schon bittere Enttäuschungen gebracht. Werden sie sich nicht auch diesmal verrechnen, abgesehen davon, daß andere wichtige Momente und Faktoren der politischen Wirklichkeit in dem Konzept unberücksichtigt geblieben sind?

Die Vermögenssteuer im Steuerausschuß.

Der 11. Ausschuß des Reichstages begann am Mittwoch mit der zweiten Lesung des Vermögens-Steuergesetzes. Die Deutschnationalen und die Vertreter der deutschen Volkspartei versuchten, die Befreiungsvorschriften für Gemeindebetriebe zu streichen und diese Betriebe einer besonderen Belastung zu unterziehen während die sozialdemokratischen Vertreter eine Erleichterung der Steuervorschriften verlangten. Die bürgerlichen Parteien lehnten das sozialdemokratische Verlangen ab und begnügten sich mit einer Entschließung, die eine gesetzliche Regelung des Sparkassenverkehrs vorsieht.

Auf Anfrage eines sozialdemokratischen Vertreters teilte der Regierungsvertreter mit, daß die Befreiungsbestimmungen des Gesetzes auch für Ersatzkrankenkassen und freie Hilfskassen gelten. Zu § 8 des Gesetzentwurfes beantragte die Sozialdemokratie weiter, den von den bürgerlichen Parteien durchgesetzten Entschluß, daß auch Anteile, insbesondere Aktien, Kuxe usw. als Betriebsvermögen gelten sollten, aufzuheben. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt, trotzdem sich auch die Regierungsvertreter dafür aussprachen.

Der § 10 entfesselte durch einen Antrag der Deutschen Volkspartei eine lange Debatte. Der Antrag lautet:

„Gegenstände aus edlem Metall, Edelsteine, Perlen, Kunst-Schmuck- und Luxusgegenstände, sowie Sammlungen aller Art sofern sie entweder vor dem 1. August 1914 angeschafft sind oder sofern im Falle der Anschaffung nach dem 1. August 1914 der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand 30 000 Mk. und darüber oder für mehrere gleichartige oder zusammengehörige Gegenstände 300 000 Mk. und darüber betragen hat, steuerfrei zu lassen."

Sowohl die Vertreter unserer Fraktion wie der unabhängiger Partei wandten sich entschieden gegen diesen Antrag und wiesen nach, daß mit seiner Annahme der Kapitalverschiebung Tür und Tor geöffnet wird. Die Regierungsvertreter schlugen später eine andere Fassung des Paragraphen vor. Die Abstimmung hierüber soll am 7. Februar stattfinden.

Parteipolitische Umgruppierungen.

Die Einigungsdebatte hat auch nach Beendigung des Leipziger Parteitages der USPD. in einer großen Anzahl von Blättern ihren Fortgang genommen. Daß dabei über das Ziel (nach beiden Seiten) hinausschießende Aeußerungen nicht fehlen konnten, erklärt sich aus der Leidenschaftlichkeit, die einen jeden ehrlichen Genossen bewegt, wenn er zu dem traurigen Kapitel der Zerklüftung der Arbeiterbewegung das Wort nimmt. Es ist aber der Sache ebensowenig mit rein gefühlsmäßigen Plädoyers für die Einigung gedient, in deren Ueberschwange die tatsächlichen Verhältnisse und die Stellung der USPD. übersehen wird, als mit Aeußerungen eines gewissen Wohlgefallens, daß die Wiedervereinigung aus dem oder jenem allzu theoretischen Grunde eben noch in weiter Ferne steht. Solch eStimmen, sowohl die tauben Ohren der USPD. predigenden Einiger um jeden Preis, als auch die Warner und Pessimisten, können uns nicht helfen und sehen am dem wesentlichsten, die Politik bestimmenden Umstand vorbei, daß nämlich auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung parteipolitische Umgruppierungen im Gange sind.

Schon während des unabhängigen Parteitages wurden Verhandlungen bekannt, die zwischen den Vertretern der KAS. (Kommunistische Arbeitsgemeinschaft) und der USPD. geführt werden sollten. Sie sind damals von Paul Levi dementiert worden, aber jedenfalls nur, um den Zentralausschuß der KPD. abzuwarten der wieder einen ganzen Schwung Zuwachs den Leviten zuschob. Im neuesten „Mitteilungsblatt" der KAS. wird schon ganz offen über den Weg zur USPD. gesprochen. Marie Wagwitz schreibt dort nach anderem:

„Die USPD. hat sich in Leipzig ebenfalls mit der Einigungsfrage beschäftigt. Abzusehen hat man von dem Artikel der Genossin Zietz in der „Freiheit". Interesse für die Einigungsfrage verursachte das Manifest des Parteitages, das einen Schritt zur Wiedervereinigung der Arbeitermassen darstellen kann. Mit dem Manifest und dem Referat des Genossen Dittmann ist der Weg aufgezeigt, auf dem sich die Arbeiter im ganzen Lande die Hände reichen können. In gleichem Sinne klangen auch die Begrüßungsreden der ausländischen Genossen aus.

Auf dem Parteitag wurde die Wiedervereinigung der deutschen Arbeiter als das Gebot der Stunde bezeichnet. Und mit Recht! Denn jede Stunde, die verloren geht, stärkt die bürgerliche Reaktion."

Unter diesen Umständen — und die KAS. verfügt heute nicht nur über einen Führertrupp von einigen hundert Köpfen, sondern auch über gewisse Mitgliedschaften der Kommunisten — unter diesen Umständen also dürfte jedem Einsichtigen klar sein, daß die politische Linie der USPD. heute naturnotwendig links gerichtet sein muß. Für die KAS. bedeutet das durch solche Taktik beeinflußte Manifest von Leipzig eine Grundlage, auf der sie der USPD. „die Hände reichen" kann. Daß es sich gegen die Sozialdemokratie richtet und durch die im obigen Artikel des Genossen Leuteritz behandelte Phrase von der Ablehnung jeder Koalition mit bürgerlichen Parteien dem Zusammenschluß mit der SPD. entgegenwirkt, ist bekannt und bei der ganzen Sachlage auch nur als taktische Wendung verständlich. Wenn Dittmann in seinem vielbesprochenen Referat in Leipzig sagte: „. . . wo sich deshalb jetzt noch Genossen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der rechtssozialistischen Partei und der kommunistischen Partei gegenübertreten, überall sollten sie sich bewußt sein: Wir sind Parteigenossen von übermorgen!", so liegt dies „Uebermorgen" vorerst noch so weit dahin, bis die alle Tage noch zur Debatte stehenden Umgruppierungen es noch „Heute" sein lassen. Damit hat man zu rechnen und wie dieser Entwicklungsprozeß auch gemeinsame parlamentarische und ähnliche Aktionen nicht hindert, so vermögen doch allzu pointierte Aeußerungen in der Einigungsfrage von unserer Seite heute nicht das geringste zu nützen.

Die Zwangsanleihe und ihre Folgen.

EPD. Berlin, 2. Februar. (Drahtbericht.)

Wie in den Berliner politischen Kreisen bestimmt verlautet, hat die Deutsche Volkspartei die Verwirklichung ihrer „persönlichen und sachlichen Garantien" bereits durch einen Schritt beim Reichskanzler versucht. Es soll verlangt worden sein, daß nicht nur der Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt, sondern auch dessen Staatssekretär Hirsch sofort zurücktreten (!) und an ihre Stelle Leute treten, die weniger der sozialistischen Wirtschaftspolitik hold sind. Zu gleicher Zeit, als dies Verlangen an den Reichskanzler gestellt wurde, ist von den Volksparteilern Protest gegen die Ernennung Rathenaus zum Außenminister erhoben worden. Diese Feststellungen finden ihre Bestätigung zwischen den Zeilen der Berliner Rechtspresse.

Ueber die Durchführung der Zwangsanleihe werden bereits jetzt die verschiedensten Verlautbarungen gemeldet. So will das „Berliner Tageblatt" wissen, daß der Vermögensstand vom 31. Dezember 1919 für die Höhe der Abgabe maßgebend ist. Wie hoch der Satz ist, steht nach dem genannten Blatt noch nicht fest. Desgleichen teilt man mit, daß Vermögen bis zu einer Höhe von 100 000 Mk. von der Anleihezeichnung ganz befreit sind. Jeder Einzahlende soll eine Art Schatzwechsel gewissermaßen als Quittung in Höhe des eingezahlten Betrages erhalten. **Der Gesetzentwurf soll noch im Laufe der nächsten Woche fertiggestellt werden.**

Hierzu ist zu bemerken, daß die Reichsregierung bereits Anordnungen zu einer schnellen Ausarbeitung des Entwurfes getroffen hat, daß jedoch über Einzelheiten noch gar nichts zu sagen ist. Jedenfalls aber ist damit zu rechnen, daß die Vermögen von mindestens 150—200 000 Mk. nicht zahlungspflichtig sind, daß andererseits aber auch **nicht die Vermögenshöhe vom 31. Dezember 1919, sondern ein anderer Termin für die Höhe der Zwangsanleihe maßgebend ist.**

Natürlich bringt das „Berliner Tageblatt" seine Kombinationen auch wieder mit der Frage der Koalitionsregierung in Verbindung. Wir dürfen auch heute bemerken, daß zwischen Sozialdemokratie und irgendeiner andern Partei **keine Besprechungen über die Erweiterung des Kabinetts stattgefunden haben** und daß im übrigen in der sozialdemokratischen Fraktion keine Neigung verspürt wird, unter den gegenwärtigen Umständen mit der Volkspartei zusammenzuarbeiten.

Deutsch-russischer Luftverkehr.

WTB. Berlin, 1. Februar.

Die russische Regierung gründete mit der Aero-Union-A.-G. in Berlin eine Gesellschaft unter dem Namen Deutsch-Russische Luftverkehrsgesellschaft. Die Gesellschaft beabsichtigt, vom Frühjahr dieses Jahres ab einen regelmäßigen Luftverkehr zwischen Deutschland und Rußland mit Verkehrsflugzeugen der russischen Regierung zunächst auf der Strecke Königsberg—Moskau im Anschluß an den Berliner Nachtschnellzug und umgekehrt zu unterhalten. Die Vorarbeiten, bei denen die neuesten Errungenschaften der Flugtechnik Berücksichtigung finden, werden von deutschen und russischen Fachleuten geleitet. Mit der Organisation des Streckendienstes ist die Deutsche Luftreederei beauftragt. Der Verkehr soll in erster Linie dazu dienen, die amtliche Kurierpost von Berlin nach Moskau und umgekehrt zu befördern. Die Beförderungsdauer, die gegenwärtig fast eine ganze Woche beträgt, wird dadurch auf 22½ Stunden herabgesetzt werden. An der Aero-Union-A.-G. sind unter anderen die A. E. G., die Hamburg-Amerika-Linie und der Zeppelin-Konzern beteiligt. Die Deutsch-Russische Luftverkehrsgesellschaft ist auf ähnlicher Basis wie die Deutsch-Russische Transportgesellschaft aufgebaut, deren Mitbegründerin ebenfalls die Hamburg-Amerika-Linie ist.

Die Bodenfrage als Grundfrage unserer Finanz- und Volkswirtschaft.

Von Otto Albrecht.

II.

Heinz Potthoff hat in Nr. 53 des Jahrgang 1921 des Korr.-Blattes des A. D. G. B. unter anderem gesagt: „Einer der wenigen Lichtblicke in unserer Wirtschaftsnot ist das Sinken der Grundrenten und damit der Grundstückspreise auf einen Bruchteil der früheren Höhe." Ich kann diese Auffassung zu meinem Bedauern nicht teilen. Alle mir vorliegenden Angaben über Pachtpreise von Acker- und Wiesenland bewegen sich vielmehr in der oben angegebenen Richtung. Wenn aber so hohe Pachten bezahlt werden, so geht schon aus diesem Umstande hervor, daß auch die landwirtschaftliche Grundrente in der entsprechenden Weise gestiegen sein muß. Die hier angeführten Beispiele von Gutsverkaufspreisen zeigen dasselbe Bild. Wenn Heinz Potthoff und anderen andere Angaben gemacht worden sind, so muß ich annehmen, daß diese von solchen Leuten herrühren, die Grund und Ursache haben, die wirklichen Zustände zu verschleiern.

Zur Zeit läßt sich allerdings noch nicht übersehen, wie sich später einmal die Verhältnisse in der Landwirtschaft gestalten werden, wenn das Wirtschaftsleben international wieder in Ordnung sein wird, im besonderen dann, wenn wir wieder aus Rußland Roggen und Weizen beziehen können. Es ist vielleicht nicht ausgeschlossen, daß in dieser künftigen Zeit die Preise wieder sinken können, und damit auch die Grundrenten des deutschen Ackerbodens. Mit solchen Möglichkeiten jetzt zu rechnen, wäre aber völlig verkehrt. Träte später solch Zustand ein, so wird man dann über die in Frage kommenden Maßnahmen in aller Ruhe beraten und beschließen können. Worauf es heute ankommt, ist dieses: **die landwirtschaftliche Grundrente den Privateigentümern des Grund und Bodens nach Möglichkeit zu verkürzen.** Rechtfertigen läßt sich solche Verkürzung schon ohne weiteres durch den Hinweis auf die Tatsache, daß auch die Zinsenerträgnisse von in der Vorkriegszeit angelegtem Geldkapital ungeheuer gekürzt worden sind; diese stehen bekanntlich noch auf der Höhe des Vorkriegswertes und betragen damit heute ungefähr den 20sten Teil dessen, was sie in der Vorkriegszeit an Kaufwert hatten. **Gerechtfertigt wäre es vollauf, auch die Sachwertrenten,** in diesem Falle also die Grundrente, **in der gleichen Weise herabzusetzen.** Ich glaube nicht, daß sich das durch eine Grundrentensteuer erreichen läßt, bin vielmehr der Ansicht, daß zu diesem Zwecke schärfere Mittel zur Anwendung gebracht werden müssen. Als das radikalste, durchgreifendste Mittel erachte ich die entschädigungspflichtige Enteignung des gesamten Grund und Bodens zum Vorkriegsnennwert, wie ich das schon in meinem seinerzeit dem Reichswirtschaftsrat eingereichten Antrage zur Erfassung der Sachwerte im Grundriß dargelegt habe. Dabei bin ich mir völlig klar, daß dieser Weg der Enteignung nur eingeschlagen werden kann, wenn die politischen Machtverhältnisse es erlauben oder wenn unsere öffentliche Finanzwirtschaft in derartige Schwierigkeiten gerät, daß die Finanz- und Wirtschaftspolitiker andere Auswege einfach nicht mehr finden. Und ich glaube daran, daß dieser Zeitpunkt einmal kommen wird. Da man das alles aber nicht mit Bestimmtheit weiß, so muß man selbstverständlich überlegen, ob man nicht auf anderem Wege zu einem Teilziel gelangt. Heinz Potthoff legt zu diesem Zwecke den Entwurf eines Gesetzes über Veräußerung von Grundstücken vor. Dieser Entwurf verzichtet auf die von mir vorgeschlagene Enteignung; er begnügt sich damit, daß dem Reiche das Eigentum an Grundstücken nur in jenen Fällen übertragen werden soll, wenn keine Vererbung an Kinder, Enkel oder Ehegatten stattfindet. Dieses würde m. E. eine derart unzulängliche Maßnahme sein, daß dadurch eine Wirkung auf die Grundrente und die davon erwarteten Folgen überhaupt nicht eintreten würden. Die Zahl von Möglichkeiten der Uebertragung von Grundstücken an das Reich wird viel zu gering sein. Auch der Umstand, daß der Erwerbspreis, den das Reich in diesem Falle zu zahlen hätte, nach der Selbsteinschätzung zum Wehrbeitrage zu bemessen wäre, ändert an dem allgemeinen Zustand so gut wie nichts.

Ich habe es seinerzeit lebhaft begrüßt, daß Adolf Damaschke in seinem Bodenreformgesetzentwurf, der auch von den freien Gewerkschaften anerkannt worden ist, die Forderung aufgestellt hat, daß gemeindliche Bodenvorratswirtschaft zu treiben sei und daß bei der Enteignung der in Frage kommenden Grundstücke nur der Vorkriegsnennwert zugrunde gelegt werden soll. Wenn man diesen Grundsatz als für den Erwerb von Grund und Boden für Bauzwecke als angemessen und richtig anerkennt, dann ist nicht einzusehen, warum man nicht denselben Grundsatz auch auf den landwirtschaftlichen Boden übertragen soll.

Vor mir liegt Heft 72 der von Adolf Damaschke herausgegebenen „Sozialen Zeitfragen". In diesem Heft ist ein Vortrag von Dr. Wilhelm Schrameier abgedruckt, der auf der Jahrestagung des Bundes deutscher Bodenreformer, am 1. 10. 21, abgehalten wurde und der sich betitelt: „Die Bodenfrage in der Umwälzung unserer Zeit". Schrameier gibt in ganz kurzen Umrissen einen sehr vorzüglichen Ueberblick über das neue Bodenrecht der von der Revolution erfaßten Staaten. Wenn man sich das in diesem Vortrag Gesagte alles vergegenwärtigt, und man vergleicht dann, in welcher Weise das deutsche Bodenrecht von der Revolution erfaßt ist, dann kann man nichts anderes sagen, als: es ist geradezu beschämend, wie rückständig wir in dieser Frage bisher geblieben sind. Schrameier selbst, der bekanntlich kein Sozialist, sondern ein bürgerlicher Wirtschaftspolitiker ist, sagt in seinen Schlußfolgerungen u. a. folgendes: „Die meisten unserer Nachbarländer sind mit der Lösung des Problems, das an der Schwelle aller Revolationen ruht, der Agrarfrage, je nach den verschiedenen Bedürfnissen und Bedingungen beschäftigt, und von jedem Lande können wir lernen, sei es billigend oder belehrend . . . . Wir müssen uns ohne Zaudern auf die neue Lage einstellen, nur dann können wir hoffen, nicht von ihr erdrückt zu werden, sondern sie zu beherrschen, noch einmal fähig zu werden, auf der Welt mitzusprechen und eine Rolle zu spielen. Sicherlich wird auch dieser Augenblick noch einmal kommen — wögen wir bereit sein! . . . Nach den Erfahrungen, die man in Preußen vor wenigen Jahren bei dem Kampf um Annahme des allgemeinen Wahlrechts im Herrenhause und Landtag gemacht hat, ist an dem Verständnis unseres Großgrundbesitzes für geschichtliche Notwendigkeiten zu zweifeln. Die damalige kurzsichtige Hartnäckigkeit hat den Stein der Revolution ins Rollen gebracht, deren Verlauf nur wenige befriedigt. Auch in der Landlieferung, die die Verordnung vom 22. 1. 1919 dem Großgrundbesitz übertrug, hat er so gut wie völlig versagt. Für das nobile officium, das in dieser Uebertragung lag, fehlt ihm das Verständnis. Weitere Widerstände gegen den Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens werden weitere Revolutionen hervorrufen und, wie wir es von anderen Ländern gelernt haben, den Großgrundbesitz von der Bildfläche hinwegfegen, ohne daß damit eine gesunde Entwicklung gewährleistet wird." Schrameier fordert dann die Besiedlung menschenarmer Gegenden mit deutschen Menschen und im übrigen eine entsprechende Bodensteuer. Er sagt über die letztere: „Der nackte Boden ist mit einer Abgabe zu belegen, die so hoch sein soll, daß sie eine Vernachlässigung der Bestellung oder gar ein Brachliegenlassen verhindert, daß sie eine Verwertung von Weizenboden zu Waldbestand ausschließt, daß sie also den Besitz von Boden nur bei bestmöglicher Bewirtschaftung lohnend macht." Der Ausklang der Schrameierschen Betrachtungen ist sehr pessimistisch, denn der Schlußsatz des Vortrages lautet: „Es ist bedauerlich, daß wir nach allen Erfahrungen von den Großgrundbesitzern als Stand kaum noch ein soziales Denken und Empfinden erwarten dürfen, nur die Autorität wird hier Wandel schaffen, falls es noch nicht zu spät ist. Wer mag beurteilen, ob nicht die Entwicklung schon so weit vorgeschritten ist, daß der Weg einfach über sie hinweggeht!"

Den Inhalt des hier erwähnten Schrameierschen Vortrages sollten auch alle unsere führenden Genossen kennen. Sie werden dadurch angeregt werden, sich mit der Bodenfrage etwas mehr zu beschäftigen, als sie es bisher getan haben. **Das Schwergewicht unserer Volkswirtschaft hat sich durch den Zusammenbruch der Goldwährung fast zum allergrößten Teil auf den Grund und Boden gelegt.** Darüber sollte sich jeder endlich einmal klar werden. Von der richtigen Lösung der Bodenfrage wird die künftige Gesundung unserer Finanz- und Volkswirtschaft in erster und letzter Linie abhängen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Kaufen Sie jetzt!
Wir sind billig!

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

1 Posten starke Schaftstiefel **275.—**
1 Posten starke Arbeitsstiefel Größe 44—49 . . . . **175.—**
1 Posten starke Arbeitsstiefel in allen Größen . . . **245.—**
1 Posten starke Konfirmand.-Stiefel, Größe 36—39 . . **192.—**

Starke Kinder-Stiefel
Größe 21—35
in allen Größen noch preiswert.
Beachten Sie die billigen Preise in den 5 Fenstern.

1 Posten starke Manch.-Hosen **245.—**
1 Posten starke Manch.-Jopp. **495.—**
Manchester-Knabenanzüge von Mk. **275.—** an.
1 Posten feldgraue Hosen **175.00**
1 Posten f. schwarze Hosen **158.00**

Mod. Damenkostüme, Mäntel, Blusen
Unsere Spezialität!

Ehlers & Reetwisch
Ecke Holstenstr. St. Petri 2 u. 4.

Reelle blaue (12675
Konfirmandenanzüge . . 485.—
Gummimäntel, eleg. . . 575.—

Wo?? Markthalle, Stand 16.
Frisch eingetroffen: Prima fettes (12650
knochenloses Ochsenkopffleisch Pfd. **10.—**
fettste Ochsen- u. ga. Hammelbacken.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Branche der Elektromonteure und Helfer.

Morgen Sonnabend, den 4. Februar:
Großer Ball
im Gewerkschaftshaus.
Anfang 7 Uhr. Ende ???
Damenkarte 2.00 Mk., Steuer 60 Pfg.
Herrenkarte 3.00 Mk., Steuer 60 Pfg.
Es ladet freundlichst ein (12641
Das Komitee.

Lindenhof-Israelsdorf
Sonnabend, den 4. Februar 1922:
Großer
Maskenball
Musik von der beliebten Hauskapelle.
Saalöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.
8 Uhr 10 Min.: Einzug des Prinzen Karneval mit Gefolge. Ansprache an sein Volk.
Eintritt je Person 7 Mk. und Steuer
Unanständige Masken haben keinen Zutritt.
Maskenanzüge und Friseur im Hause.
Telephon 1910. (12589) **Victor Klempau.**

Zentral-Hallen.
Morgen Sonnabend, 4. Februar:
Gr. Maskenball
Anfang 7 Uhr. (12590
Einzug des Prinzen — Karneval 9 Uhr. —

Sozialdemokr. Verein Lübeck.
Dienstag, den 7. Februar 1922, abends 7½ Uhr,
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung: (12553
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Frauen- und Kinderschutz. Redner: Minister-präsident Gen. **Joh. Stelling**, Schwerin.
3. Aussprache.
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Der Vorstand.

Wir ruhen und rasten nicht!
Warum sind wir besonders leistungsfähig?
Weil wir für 126 eigene Verkaufs-Geschäfte Schuhwaren in größten Mengen einkaufen. (12666

Neu eingetroffen
in unserer Zentrale München für viele Millionen Mark Schuhwaren aller Art, die ständig an unsere Filialen zur Verteilung kommen.

Für Jedermann, für jeden Stand passende Schuhe oder Stiefel.

Unsere Preise sind staunend billig!
Ein Auszug aus unserem Preisverzeichnis:

Damen-Schürstiefel hohe Schäfte, elegante kurze Form Mk. 298.50 245.50 195.50 — **175.50**

Damen-Lackschuhe besonders billig . . . . . — **195.50**

Damen-Schnür-Halbschuhe und Spangen Mk. 198.50 165.50 125.50 — **72.50**

Damen-Halbschuhe feinste Rahmenarbeit Mk. 275.50 245.50 — **235.50**

Herren-Stiefel Rindbox- und Roß-Chevreaux, breite Form, guter Strapazier-Stiefel, extra billig Mk. 295.50 265.50 225.50 — **199.50**

Braune Rindbox-Herren-Schürstiefel breite Form . . — **365.50**

Herren-Schnürstiefel feinste Rahmenarbeit, eleg. Paßform Mk. 395.50 365.50 — **325.50**

Erstklassige Rahmenarbeit
Damen-Stiefel, Boxkalf und Chevreaux, schwarz
Herren-Stiefel, Boxkalf und Chevreaux, schwarz
Damen-Lackhalbschuhe und Spangen

Große Posten **Leinen-Schuhe** in grau mit schwarzer Lederkappe . . . . . M. **49.75**
Weißleinen Schnürschuhe und Spangen . . . . . M. **72.50**

Hausschuhe aus Kamelhaar, Filz, Tuch u. Leder in groß. Auswahl **zu staunend billigen Preisen**
Damen-Strümpfe M. 21.50 16.50 13.75 — **Herren-Socken** M. 8.75 — **Leisten** M. 12.50

Schuhhaus „Romeo" A.-G.
Breite Straße 44 — Markthallen-Eingang.

Sozialdemokr. Verein Lübeck.
Ortsgruppe Moisling. (12691
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, d. 4. Februar
abends 7½ Uhr,
im Kaffeehaus.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
Ortsgruppe Kücknitz.
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, den 4. Febr.
abends 7 Uhr,
im Vereinslokal **Frase**, Restaurant.
Mitgliedsbücher vorzeigen. 12644
Die Bezirksleitung.

Brauerei Fackenburg.
Habe meine Räume am Sonnabend, dem 4. Februar an den Bürgerverein vermietet. (12668
Von 4 Uhr geschlossen.
Hdlgs. Sprengel.

Stadthallen-Lichtspiele.
Vom 3.—9. Febr. 1922:
Das indische Grabmal
2. Teil.
Der Tiger von Eschnapur
7 Akte mit **Mia May, Olaf Fönß, Erna Morena, Konrad Veidt.**
Amor am Steuer
5 Akte (12949
mit **Ossi Oswalda.**
Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen.

Volkssternwarte.
Sonnabend, 4. Februar abends 8 Uhr
i. d. Aula des Lehrerseminars
Vortrag
des Herrn Studienrat Prof. Dr. **H. Gilbert**,
Sternbilder, Himmelserscheinungen und Weltall.
Eintritt für Hörer frei. (12685) Nichthörer 1 Mk.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer
Geschäftsstelle Lübeck. (12671
Morgen Sonnabend, den 4. Februar
abends 7½ Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Lokal, Hüxstr. 15.
Die Ortsverwaltung.

Ortsverwaltung Lübeck des Deutschen Musiker-Verbandes.
Sonntag, den 5. Februar 1922
vorm. 11 Uhr (12688
im Gewerkschaftshaus
Gr. Sinfonie-Konzert
(Morgenfeier)
zum Besten der Unterstützungskasse der Ortsverwaltung und des Pensionsfonds des Lüb. Sinfonie- und Stadttheater-Orchesters.
Eintritt 5.50 Mk.
150 Musiker. 150 Musiker.
Vorverkauf wie bekannt.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität"
(Ortsgruppe Lübeck).
Gr. Masken-Ball
und Kappenfest
am Sonntag, dem 5. Februar 1922, im Gewerkschaftshaus.
Auftreten von 4 musikalischen Klowns und sonstige Aufführungen.
Anfang **5** Uhr. Maskenzug **7** Uhr.
Maskierte Mitglieder erhalten nur Vorzugskarten beim Vorstand, an der Kasse volle Preise.
Friseur und Maskenkostüme im Lokale.
Fremde Pierrotts haben keinen Zutritt.
12680) **Die Festleitung.**

Waisenhof
Jeden Freitag (12645
und Sonntag:
Tanz.
Sonnabend, 4. Februar: **Großes Kochfischessen.** Eintr. u. Tanz frei!

H. B. R.
und die Lohnkommissionen
(12676
Sitzung
Sonnabend, d. 4. Febr.
abends 7½ Uhr
im Bureau.

Preis-Skat
Am Sonnabend, d. 4. Februar
im Rest. „Krähennest"
Krähenstraße 29.
12658) **Peter Meth.**

Preisskat
am Sonntag, d. 5. Febr.
nachm. 4 Uhr (12678
Polierkrug.

Sonnabend, den 4. Februar:
Gr. Antritts-Ball
im Gasthof Zum Riesebusch.
Anfang 7 Uhr. (12674
Helmuth Maske.

Sparklub St. Jürgen.
Sonnabend, 4. Februar:
Groß. Maskenball
in der Friedrich-Franz-Halle.
Kassenöffnung 6 Uhr.
Anfang 7 Uhr.
Maskenzug 8 Uhr.
Hierzu ladet freundl. ein
12686) **Das Komitee.**

Morgen Sonnabend, den 4. Februar, findet in sämtlichen vornehm dekorierten Räumen d.
Moislinger Raums
das allzeitlich beliebte
Rheinische Maskenfest
verb. m. Prämiier. der 3 besten Herren- und Damen-Masken statt. Um 8 Uhr erscheint Se. Tollität Prinz Karneval mit seinem Hofstaat Narren u. Närrinnen. **Prämiierung u. Demaskierung 10½ Uhr.**
F. Spätwag. ist gesorgt
12689) **Rudolph Jade.**

Maskenball
Chorverein Schwartau-Rensefeld
am Sonnabend, d. 11. Februar im Hotel „Lübecker Hof".
Ballanfang 7 Uhr.
Maskenzug 9 Uhr.
Hierzu ladet freundl. ein
12662) **Der Vorstand.**

Hansatheater.
Heute fällt das Gastspiel des Deutschen Schauspielhauses wegen Verkehrsschwierigkeit aus und wird später stattfinden. Gelöste Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit. (12654
Sonnabend, sowie Sonntag, 7½ Uhr:
Erstaufführungen.
„Hoheit tanzt Walzer."
Operette in 8 Akten von Leo Ascher.

Stadttheater Lübeck
Sonnabend, 4. Febr. 7.30
Tannhäuser.
Außer Abonnement.
Sonntag, 5. Febr. 11 Uhr
Morgenfeier.
Uraufführung **Agonie** v. Helmuth Rosenthal.
Hierauf: **Fortunatus Bix** von Emil Göt.
3 Uhr: 5. Vorst. für die Plattdeutsche Volksgilde: **Straatenmusik.** Karten an d. Theaterkasse.
7.30 Uhr: Einmaliges Gastspiel von **Lisl Ludewigs-Kurts** als Senta im **Fliegenden Holländer.** 12653
Montag, 6. Febr. 7.30 U. **13. volkst. Konzert.**

Beilage zu Nr. 29
29. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag, den 3. Februar 1922

Freistaat Lübeck.

Freitag, 3. Februar.

Der Rückgang der Schulkinderzahl

macht sich Ostern 1922 zum erstenmal besonders fühlbar. Nach einer Veröffentlichung in „Wirtschaft und Statistik" waren Ostern 1920 und 1921 in den deutschen Schulen 1 317 000 und 1 235 000 Kinder eingeschult. Von 1922 ab fällt die Zahl auf 809 000, auf 721 000 Ostern 1923, auf 654 000 Ostern 1924 und auf 700 0000 Ostern 1925. Für Ostern 1926 wird mit 1 318 000 und für 1927 mit 1 277 000 Schulkindern gerechnet. Ob diese Zahlen, die nach den Geburtenzahlen und unter Berücksichtigung der Verkleinerung des Reichsgebiets errechnet worden sind, bis ins einzelne hinein stimmen, mag dahingestellt bleiben, die Entwicklung geben sie sicher richtig wieder. Der Abfall der Schülerzahl ist von Ostern 1922 bis 1925 am fühlbarsten, von da ab setzt der Anstieg wieder ein. Ob freilich das Anschwellen der Zahlen für 1926 und 1927 bereits die Rückkehr zur alten Höhe bedeuten wird, das läßt sich heute weder behaupten noch verneinen. Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, die erfahrungsgemäß die Kinderzahl im ganzen herabdrückt, und der starke Frauenüberschuß — er wird für das Jahr 1919 für die 20—40jährigen Frauen mit 209 000 angegeben — beide Tatsachen lassen vermuten, daß auch noch 1927 mit einer verminderten Schülerzahl zu rechnen sein wird.

Werden die kommenden Jahre recht benutzt, so müssen sie der deutschen Schule wertvolle Verbesserungen bringen; es werden Mittel und Kräfte für den inneren Ausbau der Schule frei! Alle die Kinder, die jetzt in überfüllten Klassen zusammengepfercht sind, können von nun ab in normal besetzten Klassen unterrichtet werden. Für die aus der Volksschule entlassenen Knaben und Mädchen kann nun, soweit es noch nicht geschehen ist, die in Artikel 145 der Reichsverfassung geforderte Fortbildungsschule eingerichtet werden. Die nächsten Jahre stellen somit die Schulverwaltungen in den Gemeinden und in den Ländern vor dringliche Aufgaben zur Hebung der Schule in Stadt und Land. Es gilt im Ausbau der Volksschule und im Aufbau der Fortbildungsschule nachzuholen, was in der Vergangenheit versäumt wurde oder versäumt werden mußte.

Gaufachgruppenkonferenz

der im Zentralverband der Angestellten organisierten Krankenkassenangestellten des Gaues Schleswig-Holstein.

Am 29. Januar fand in Hamburg im Gewerkschaftshaus die Gaufachgruppenkonferenz der Krankenkassenangestellten des Gaues Schleswig-Holstein und des Wirtschaftsgebiets der Hansestädte statt.

Nach einem eingehenden Referat des Kollegen Brenke vom Hauptvorstand des Zentralverbandes der Angestellten, über die verworrenen Rechtsverhältnisse der Krankenkassenangestellten, gab die Versammlung ihre Meinung einmütig dahin kund, alle Bestrebungen energisch zu bekämpfen, die die Rechte der Kassenangestellten in irgend einer Weise beschränken.

Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Gaufachgruppenkonferenz der Krankenkassenangestellten des Gaues Schleswig-Holstein und des Wirtschaftsgebietes der Hansestädte, welche im Zentralverband der Angestellten organisiert sind, am 29. Januar 1922 in Hamburg, verlangt vor allen Dingen eine Beseitigung des § 355 der Reichsversicherungsordnung.

In die R.V.O muß eine Bestimmung eingefügt werden, die es den Krankenkassenangestellten ermöglicht, an der Regelung ihrer Lohn und Arbeitsbedingungen durch den freien Tarifabschluß festzuhalten.

Die Genehmigung der Gehälter der Angestellten durch das Oberversicherungsamt darf unter keinen Umständen mehr erforderlich sein.

Die Konferenz nimmt weiter Stellung zu dem Entwurf des neuen Beamtenrätegesetzes, aus dessen Beratungen zu ersehen ist, daß auch die Beamten der öffentlichen Körperschaften dem B.R.G. unterstellt werden sollen. Es besteht die Gefahr, daß wieder, wie bei der Verabschiedung des Sperrgesetzes eine unklare Fassung gewählt wird, die es entgegen dem Willen der gesetzgebenden Körperschaften ermöglicht, im Verwaltungswege auch die Angestellten der Sozialversicherungsträger dem B.R.G. zu unterstellen.

Die Konferenz protestiert entschieden gegen eine solche Unterstellung und nimmt für die Angestellten der Sozialversicherungsträger das B.R.G. in Anspruch, das bisher auch anerkanntermaßen auf sie Anwendung findet. Sie fordert alle Verbandsinstanzen auf, nach dieser Richtung hin energisch tätig zu sein und alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Durchführung dieser Forderungen der Kollegen notwendig sind."

Alsdann berichtet der Gauleiter, Kollege Karl Möller, daß hinsichtlich der bezirklichen Tarifverhandlungen für die beiden Unterverbände von Ortskrankenkassen für die Provinz Schleswig-Holstein und für das Wirtschaftsgebiet der Hansestädte eine Einigung erzielt sei. Die Resultate werden zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen.

Gegen den Tätigkeitsbericht der Gaufachgruppenkonferenz wurden Einwendungen nicht erhoben.

Mit einem Appell des Gauleiters an die Delegierten, auch in Zukunft fest zusammenzuhalten und sich rege am Verbandsleben zu beteiligen, wurde die Konferenz geschlossen.

Tue jeder seine Pflicht!

Der höhere Brotpreis, die neuen Steuern, die schweren uns aufgebürdeten Reparationslasten werden gerade das schaffende Volk vor eine neue Kette sozialer Kämpfe stellen. Wer sich selbst lieb hat und für seine Klasse wirken will, denkt daran, wie diese Kämpfe, wie die kommenden Zeiten sich gestalten werden. Die Arbeiter und Angestellten, die Beamten und freien Berufe, das gesamte Proletariat der Hand- und Kopfarbeit muß unterliegen, ist rettungslos dem Untergang ausgeliefert, wenn seine Waffen nicht scharf gehalten werden. Die Presse aber ist diese wichtigste Waffe! Nur mühsam kann das Arbeiterblatt, das unabhängig vom großen Annoncenkapital, allein auf seine Gefolgschaft angewiesen ist, sich in dieser Zeit überhaupt am Leben erhalten. Jeder einzelne seiner Leser hat die heilige Pflicht, dem „Lübecker Volksboten" beizustehen!

Werbet neue Abonnenten!

Wahl von bürgerlichen Mitgliedern. Die Bürgerschaft hat zu bürgerlichen Mitgliedern erwählt: a) bei der Finanzbehörde an Stelle des ausscheidenden Rechtsanwalts Dr. jur. Heinrich Götz den Kaufmann und Präses der Handelskammer Ernst Boie b) beim Gesundheitsrat an Stelle des ausscheidenden Arztes Dr. med. Friedrich Lorenz den Arzt Dr. med. Jakob Meyer.

Nachträgliche Aenderung von aufgedruckten Warenpreisen unzulässig. Nach der Verordnung über äußere Kennzeichnung von Waren vom 15. Mai 1916 müssen bestimmte Markenartikel, die in geschlossenen Packungen oder Behältnissen an Verbraucher abgegeben werden sollen, mit der Angabe des Namens oder der Firma des Herstellers, der Zeit der Herstellung, des Inhalts und des Kleinverkaufspreises versehen sein. Zu den Waren, die dem Kennzeichnungszwang unterworfen sind, gehören u. a.: „Kaffee-, Tee- und Kakaoersatzmittel, Kaffeemischungen, Kunsthonig, Schokolade, Schokoladen- und Kakaopulver, Pudding- und Backpulver." Der Verkauf dieser Waren ohne die vorgeschriebene, oder mit unrichtigen Angaben sowie die nachträgliche Erhöhung der festgesetzten Preise ist strafbar. Schon das Unkenntlichmachen der Preisangaben ist strafbar. Obwohl diese Bestimmungen seit nunmehr 4½ Jahren in Kraft und in der Geschäftswelt allgemein bekannt sind, wird immer noch dagegen verstoßen. So haben in Halle Beamte der Wucherpolizei bei ihren Geschäftskontrollen in den letzten 14 Tagen allein an Schokolade 1677 Tafeln vorgefunden, bei denen entweder die Preisangabe beseitigt oder der Preis erhöht worden war. Die Waren sind beschlagnahmt und ihre Veräußerung von der Staatsanwaltschaft verfügt worden, so daß die betreffenden Händler neben der zu erwartenden Strafe und der Einziehung des übermäßigen Gewinns auch den Verlust der Ware zu tragen haben werden. Es wird daher vor derartigen unlauteren Machenschaften dringend gewarnt.

Weltschiffbau. Nach Lloyds Register befanden sich am Ende des Jahres 1921 im Bau: 917 Dampfer mit 4 054 421 Br.-Reg.-T., 130 Motorschiffe mit 368 494 Br.-Reg.-T., 79 Segelschiffe mit 32 178 Br.-Reg.-T., zus. 1126 Schiffe mit 4 457 093 Br.-Reg.-T. Diese Zahlen bedeuten gegen Ende September einen Rückgang von 1 085 885 Tonnen und gegen Ende Dezember 1920 einen Rückgang von 2 722 685 Tonnen. Die Zahlen geben aber insofern ein falsches Bild des Weltschiffbaus, als sie eine Anzahl von Schiffen umfassen, deren Fertigstellung aus besonderen Gründen außerordentlich verzögert worden ist. Ein großer Teil der aufgeführten Tonnage, 1 123 000 Tonnen, davon allein 722 000 in England, besteht zudem aus Neubauten, an denen jede Arbeit eingestellt ist. Unter den im Bau befindlichen Schiffen befinden sich 69 Dampfer und Motorschiffe von mehr als 10 000 Br.-Reg.-T. An Tankschiffen sind 121 Dampfer und Motorschiffe von mehr als 1000 Tonnen mit einer Gesamttonnage von 793 193 Br.-Reg.-T. im Bau. Im letzten Vierteljahr 1921 sind im ganzen nur 61 Schiffe mit 146 384 Tonnen auf Stapel gelegt worden, davon nur fünf Schiffe mit 1055 Tonnen in den Vereinigten Staaten.

Zur Kohlennot in Lübeck. Der strenge Winter, die mehrfachen Störungen in der Kohlenzufuhr nach Lübeck und die Furcht vor steigenden Kohlenpreisen haben in den letzten Tagen einen außergewöhnlichen Andrang zu den Lagerplätzen der hiesigen Feurungshändler hervorgerufen. Das Wohlfahrtsamt weist darauf hin, daß auf dem Lagerplatz der Firma Kohlenkontor 10 000 Zentner Koks und Briketts lagern, welche schon vor längerer Zeit dem Wohlfahrtsamt verkauft sind und von diesem im Laufe ds. Mts. an die allerbedürftigsten Kreise der Bevölkerung (Invalidenrentner, Kleinrentner, Schwerbeschädigte, Kriegerwitwen usw.) abgegeben werden. Das Kohlenkontor kann also von diesen Mengen anderweitig nicht abgeben. Ueber die Verteilung durch das Wohlfahrtsamt wird im Laufe der nächsten Woche eine Bekanntmachung im Anzeigenteil dieses Blattes erscheinen.

Um einem Einfrieren der Wasserleitungen vorzubeugen, lassen viele Abnehmer, wie uns geschrieben wird — den gesetzlichen Vorschriften zuwider — das Wasser durch offengestellte Zapf- oder Spülhähne usw. ungenutzt ablaufen. Diese Unsitte hat in den letzten Tagen einen so großen Umfang angenommen, daß die Sicherheit der Wasserversorgung ernstlich gefährdet ist, umsomehr, als zufolge der Frostwirkungen auch mit Rohrbrüchen auf der Straße gerechnet werden muß. An die Bewohner der Stadt ergeht daher die dringende Aufforderung, die obenerwähnten Maßnahmen zu unterlassen. Andernfalls erfolgt Absperrung der Zuleitung.

Eine eigenartige Erpressung. Das Dienstmädchen K. hatte mit einem hiesigen Schlosser ein Verhältnis, aus dem sich ein intimer Verkehr entwickelte. Sie schwindelte ihrem Liebhaber, der mit einem andern Mädchen verlobt war, vor, daß die Sache nicht ohne Folgen geblieben sei. Eine weise Frau sei bereit, ihr zu helfen, doch verlange diese dafür 400 Mk. Der Schlosser, der die Geschichte nicht recht glauben wollte, erhielt von dem Mädchen alsbald mehrere Briefe, worin unter allerlei schwindelhaften Angaben und Drohungen Geldmittel gefordert wurden. Zunächst wollte sie sich das Leben nehmen, und als das nicht zog, wollte sie der Verlobten des jungen Mannes von dem Verhältnis Kenntnis geben. Schließlich rückte der Bedrohte 400 Mk. heraus. Als aber noch etwa 2 Monaten die Schwindlerin unter falschem Namen weitere Erpresserbriefe schrieb, erstattete der Geprellte bei der Polizei Anzeige. Fräulein K. hatte sich nun am Mittwoch vor der Strafkammer wegen dieser Vergehen zu verantworten.

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schücking.

19. Fortsetzung.

Elftes Kapitel.

Die einzigen Personen des Ortes, mit denen Bernhard hoffen durfte einen Verkehr anzuknüpfen, waren der Pfarrer und der gnädige Herr oben auf dem Schlosse. Der erstere war ein guter, freundlicher Mann, aber in seiner Einsamkeit etwas verbauert, so daß sich mit ihm keine Berührungspunkte finden ließen; dagegen war Herr von Kraneck der leutseligste Mann, der je in der stattlichen und im Innern mit einem großen Aufwande an schwerfälliger Pracht ausgebauten Burg Hohenkraneck da oben gehaust haben mochte; und da er an dem jungen Fremden die zwei unschätzbaren Eigenschaften entdeckt hatte, seinem Vikarius die Messe dienen zu können, wenn dieser Sonntags in der Hauskapelle fungierte — es war immer eine große Not um ein dazu passendes Subjekt oben gewesen, seit der Sohn des Freiherrn als Kammerherr am kurfürstlichen Hofe sich aufhielt — und ferner ein geschickter Partner für eine Partie L'hombre zu sein, womit sich Herr von Kraneck die Abendstunden schon lange gern vertrieben hätte, wäre nur jemand dagewesen, der es verstanden — war er die Gefälligkeit und Freundlichkeit selbst.

Er saß einige Tage, nachdem Herr Gerhards sich mit der gehorsamsten Vorstellung des fremden Herrn beehrt hatte, in einem Lehnstuhl am Fenster seines hohen Wohnsaales und schaute auf das reizend schöne Tal mit seinem Kranze dichtbewaldeter Berge vor und unter ihm hinaus, über das seine Blicke jetzt so oft gestreift, um von ganz bedeutender Langeweile gesättigt zurückzukehren. Ihm gegenüber auf einer Chaiselongue ruhte seine Gemahlin, eine Dame, die nahe an den Sechzigen war; klein, stark, aber fein gebaut und zierlich in allen Bewegungen. Sie hatte eine Stickerei vor sich, in der sie mit großer Ruhe von Zeit zu Zeit einen Stich anbrachte, ebenso schweigsam wie ihr Gemahl, mit der Ausnahme, daß sie zuweilen ein freundliches Wort ihrem dicken Mops zuflüsterte, der neben ihr wie ein Igel zusammengerollt in der Ecke der Polster lag und bald in tiefem Schlafe befangen schien, bald ganz lebendig mit dem Kopfe auffuhr, wenn ihm eine Fliege um die Nase summte, mit den klugen Augen blinzelte und augenscheinlich dann die wichtige Frage im stillen Gemüte wälzte, ob mit glücklichem Erfolg danach zu schnappen sei oder nicht.

Der Freiherr nahm eine schwere, goldne Dose, klopfte mit dem Finger daran und öffnete sie; dann erhob er sich, trat vor die Dame hin und sprach, indem er sein schwarzes Samtkäppchen von den kargen, schneeweißen Locken nahm: „Ma chère, peut-ie vous offrir une prise de tabac?"

Die Dame tunkte zwei ihrer zarten kleinen Finger, an deren einem ein Rubin glänzte, in die dargebotene Dose und versetzte: „Mon cher, tout ce qui vient de vous ne peut-etre qu'agreable."

Der Mops dankte durch ein freundliches Gekläff für die Aufmerksamkeit, die seiner Gebieterin wurde.

Diese Szene wiederholte sich mindestens jede halbe Stunde an jedem Abend, den Gott kommen ließ. Die guten Leute hatten sich über Freud und Leid, das sie nun seit langen Jahren treu miteinander getragen, vollständig ausgesprochen. Es war alles in Vertrauen auf Gott und mit Dankbarkeit ertragen oder angenommen und nun mit der Zeit dahingeschwunden; und wenn auch ein Leid geblieben war, die Langeweile nämlich, so hatten sie sich dieselbe doch sehr erträglich gemacht, indem sie von Zeit zu Zeit durch diese freundliche Anrede gegenseitg ihre fortdauernde Teilnahme füreinander an den Tag legten.

Für heute aber war das Gespräch damit nicht beendigt. Als der Freiherr wieder Platz genommen hatte, sagte er: „Es ist ein recht angenehmer Mensch."

„In der Tat, recht angenehm", erwiderte Frau v. Kraneck.

„Beaucoup de modestie."

„Er hat sehr viel Bescheidenheit", fiel die Dame ein.

„Ich finde, daß diese Eigenschaft eine sehr schätzbare sei!"

„Assurement!"

„Erlaubt „ma chère amie", daß wir ihn ein für allemal des Abends zur Tafel hier behalten?"

„Tout comme il vous plaira, mon cher."

Hätte Bernhard, der in diesem Augenblicke eines Zuwachses an innerer Weihe wohl bedurfte, diese Aeußerungen des Wohlwollens für ihn angehört, sie würden ihn gewiß innig gerührt haben. Er saß oben an der Waldkapelle, die über dem Schlosse am Abhange des Berges lag und blickte dort bald in die scheidende Sonne, bald in den stillen Raum hinter ihm. Durch eine Tür, deren obere Hälfte aus bloßen Gitterstäben bestand, fiel der Schein auf den staubigen Altar im Hintergrunde des kleinen Gotteshauses; der alte Schrein war mit Spinnengeweben überzogen, in denen gelbe Ulmenblätter, vom Winde durch die zerbrochenen Fenster hineingeweht, sich im Luftzuge wiegten. Ein Bild an der einen Wand war unkenntlich schwarz geworden; dem heiligen Aegidius, der aus Holz geschnitzt ihm gegenüber stand, fehlte Kopf und Arm, und man hätte auch ihn nicht mehr kennen können, wäre nicht noch das Reh dagewesen, das sich vertrauend an ihn schmiegte. Einige Bänke lagen wirr übereinander geworfen, eine zerfetzte Fahne lehnte in der Ecke neben dem ausgetrockneten Steinbecken, das früher das geweihte Wasser enthalten hatte; das Ganze war die schönste Staffage für eine rührende Ostereiererzählung.

Bernhard hätte sich früher herzlich über die Entdeckung einer solchen poetischen Waldklause gefreut, jetzt überblickte er mit einer stumpfen Kälte die zerstörte Stätte. Seine Gedanken waren in eine wilde Irre davon gezogen und fühlten einen Ekel vor allem, auf dem sie früher so gern gehaftet. Wie die Sonne, die so leuchtend stolz den blauen Himmel sich entlang gewiegt und jetzt so blutend versank, schien ihm alles Sein ein wunderbares und unendlich trauriges Gemisch von Lust und Schmerz, das wie von einem Urmelithohne, von einem schöpferischen Besagen an Teufeleien zusammengeschmolzen; ein ewiges Ringen nach stolzem und frohem Aufschwung, ein ewiges Niedergeschleudert- und Zertretenwerden gleich darauf; die Natur hatte nur einen Ton, nur eine Sprache mehr für ihn, ein Nachtigallenlied, worin die fröhlichsten kecksten Wirbel vor einer bis zum Sterben schwermütigen Stelle überwältigt und niedergedrückt werden; und dieses rätselhafte Gemisch von Lust und Schmerz, von Kraft, die im nächsten Augenblick ohnmächtig wird, von Jämmerlichkeit, die unversehens beim nächsten Sonnenschein einen prunkenden Pfauenschweif auseinanderschlägt, erbitterte ihn, reizte ihn zu einem unversöhnlichen Grollen jetzt — er kannte sich selbst nicht mehr. Er streckte mit geballter Faust den Arm aus, wie um zu prüfen, wie viel Kraft in ihm wohne; er ließ krampfhaft die Muskeln daran aufschwellen, als gelte es ein Gladiatorspiel mit einem nahmenden Feinde zu beginnen; und das Gefühl, daß die Natur eine Stärke hineingelegt habe, mit der er zufrieden war, hatte, zum erstenmal in seinem Leben, etwas Angenehmes, Beruhigendes für ihn. Seine Augen bohrten blitzend ihre Blicke in einen Punkt der Ferne ein.

Sein Gemüt war tief wie ein See; es war spiegelglatt gewesen wie ein See, bis vor wenig Tagen; eine klare Fläche, über der die azurblauen und hellroten duftigen Farbenstreifen lagen, welche stille Luftströmungen und die sachten Züge der Wolken darüber werfen; aber jetzt war ein Blitz hineingeschlagen, es stürmte, es wogte in ihm und mit einem zornigen Behagen tummelte sich der Leviathan durch diese Wogen — die Leidenschaft.

Der Abend sank immer mehr hinab; die Sonne war geschieden und an ihrer Stelle flammte über dem Bergsattel im Westen eine dunkle Glut, wie ein gewaltig loderndes Osterfeuer. In dem grauen Turm im Dorfe wurde die Abendglocke geläutet. Ein langer Nachhall noch, der durch die Ulmenwipfel über der Kapelle zu summen schien, und die Stille kehrte zurück; dafür fing der Wind stärker in den Zweigen zu rauschen an. In dem Dorfe unten, in den einzeln und zerstreut auf den Halden umher liegenden Häuschen flatterten Lichter an und schlossen zuckende kleine Strahlenpfeile durch das Grün ihrer Baumhöfe; Bernhard gerade gegenüber, auf einem jenseits schwellenden Bergabhang lag eine Hütte, deren Tür offen stand; er sah das lodernde Herdfeuer im Hintergrunde; zuweilen bewegte sich eine dunkle Gestalt davor; dann eine Zeitlang rasch nacheinander zwei Kinder, die umher zu tanzen schienen, bis die Mutter den Milchtopf darüber hing; ein gebückt schreitender Mann kam und setzte sich in einen Lehnstuhl hart daran. Es war ein freundliches Bild, das durch die grellen Kontraste von Finsternis und Licht einen traumhaften Anstrich bekam.

Es wurde völlige Nacht umher, aber eine milde und mondhelle; hinter Bernhard, in einem morschen Ständer der Kapelle, begann ein Holzwurm zu ticken; ein Wiesel schlich durch das Gras und hüpfte in langen Sätzen an seinen Füßen vorüber; aus dem nächsten Gebüsche tönte das leise Grunzen eines Igels. Dann wieder alles so stille rings, daß das Säuseln der welken Blätter an den Digitalenstämmen hörbar wurde, die über einen Schutthaufen an der Mauer aufgeschossen waren.

(Fortsetzung folgt.)

Die Verhandlungen, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurden, endeten mit der Verurteilung der Angeklagten. Sie erhielt wegen Erpressung, Urkundenfälschung und Betrugsversuchs 3 Monate Gefängnis. Die Verurteilte wurde mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren unter der Bedingung begnadigt, daß sie dem jungen Mann die erpreßten 400 Mk. ratenweise zurückzahlt.

Von der Schiffahrt. Aus Eisgefahr befreit. Der deutsche Dampfer „Sensal", der wie mitgeteilt vor Saßnitz im Eise festgeriet, ist durch den Fährdampfer „Deutschland" befreit und in Saßnitz angekommen. — Ein Opfer des Sturmes ist mutmaßlich der Dampfer „Klampenborg" geworden. Er befand sich auf der Reise von Danzig nach Kopenhagen, dort ist er jedoch nicht eingetroffen. Jetzt ist von dem Führer des in Norköping eingetroffenen Dampfers „Gertrud" berichtet worden, daß er östlich von Oeland ein treibendes Schiffsboot angetroffen, in dem drei Leichen lagen. Das Boot trug den Namen „Klampenborg". Desgleichen ist vor einigen Tagen vor Regerstadt ein treibendes Boot gesichtet, das den gleichen Namen trug. Somit scheint festzustehen, daß der Dampfer im Sturm gesunken ist. — Gerettete Schiffsbrüchige. Der in Kuxhaven eingetroffene Fischdampfer „Kirchwärder" landete dort vier Mann der Besatzung des im untenden Zustande im Skagerrak angetroffenen dänischen Dreimastschoners „Laura". Zwei weitere Leute dieses Schiffes waren bereits zwei Tage vorher von der Besatzung des norwegischen Dampfers „Baldur" gerettet worden.

Rübenverarbeitung und Handel mit Zucker. Im Bereich des Landesfinanzamts Mecklenburg-Lübeck sind im Dezember 1921 in 7 Zuckerfabriken 597 383 Doppelzentner Zuckerrüben verarbeitet worden. — Im genannten Zollgebiet sind gegen Entrichtung der Zuckersteuer 19 683 Doppelzentner Rohzucker zum Steuersatz von 14 Mark und 15 772 Doppelzentner andere kristallisierte flüssige Zucker, steuerfrei 6 Doppelzentner fester Zucker (ohne das Gewicht des Vergällungsmittels) und 6766 Doppelzentner unvergällte Zuckerabläufe in den freien Verkehr gesetzt worden.

Kirchliche Wahlen: Wie aus einer Anzeige der Kirchengemeindevorstände hervorgeht, wird die Geschäftsstelle für die kirchlichen Wahlen am Sonnabend, dem 4. Februar, ausnahmsweise auch Nachmittags bis 7 Uhr geöffnet sein.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Jungsozialisten! Heute Freitag Vortrag des Genossen Dreger über die Gewerkschaftsbewegung, Hörstr. 110. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Arbeitsausschuß.

Stadttheater. Am Sonnabend wird zum letztenmal außer Abonnement „Tannhäuser" gegeben. Die Morgenfeier am Sonntag bringt die Uraufführung eines dramatischen Spieles „Agonie", von Helmuth Rosenthal. In einem engen Raum zusammengepfercht, erwarten gefangene Soldaten den über sie verhängten Tod im Namen des Königs. Jeder auf seine Weise. Einig sind alle angesichts des Todes aber in der Liebe zum Leben. Diesem dramatischen Spiel folgt von dem badischen Dichter Emil Gött: „Fortunatas Biß." — Auf das am Sonntag abend stattfindende Gastspiel Lisa Ludewigs-Korte als Senta im „Fliegenden Holländer" möchten wir besonders hinhinweisen.

Hansa-Theater. Infolge der durch den Eisenbahnerstreik hervorgerufenen Verkehrsschwierigkeiten muß das für heute, Freitag abend, vorgesehene Gastspiel des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg „Der Wettlauf mit dem Schatten" leider ausfallen.

Plattdütsche Volksgill to Lübeck. De Reeg vun de Theatervörstellungen mütt afännert warden. Sünndag namiddag Kock 3 ward in't Stadttheater de Komedi „Straatenmusik" vun Paul Schureck geben, de bi dat Preisutschriben denn 1. Pris kregen hett.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. 5½ Millionen erschwindelt. Im Oktober v. J. machten die Kornschwindeleien des hiesigen Kaufmannes Hermann Bruhn wegen der Höhe — er hatte über 3½ Millionen Mark ergattert — großes Aufsehen. Br. verkaufte waggonweise Korn, das er garnicht besaß, nach Schwerin, Flensburg, Berlin und anderen Städten. Die Zahlung sollte bei Vorweisung des Duplikatfrachtbriefes erfolgen. Das geschah. Die Papiere waren aber von Br. gefälscht. Als die Betrügereien herauskamen, floh Br. nach Dänemark. Dort war die dänische Polizei bald hinter ihm her, weil er auch dort Betrügereien in Höhe von 40 000 Kronen beging. Br. floh wieder über die Grenze und war verschwunden. Er hielt sich bei einem Eisenbahner in Rendsburg verborgen. Dort wurde Br. aufgestöbert, verhaftet und nach Flensburg transportiert. Unterwegs schnitt er sich beide Pulsadern durch. Br. kam in die Gefangenenabteilung des Flensburger Krankenhauses. Er will von den Millionen nichts mehr besitzen. Doch glaubt ihm die Polizei das nicht, da sich 3½ Millionen (40 000 Kronen machen 2 Millionen Mark aus) in einem Vierteljahr schlecht ausgeben lassen.

Hamburg. Kindermord. Mittwoch abend beobachtete ein an den Vorlegen patrouillierender Ordnungspolizist einen Mann, der suchend am Elbufer umherlief und ein graues Sackleinenpaket unter dem Arm trug. In der Annahme, es handle sich um Diebesgut, hielt der Ordnungsmann den Paketträger an und verlangte den Inhalt des Pakets zu sehen. Er öffnete dieses selber und hatte eine Kindesleiche sowie eine mit Wasser gefüllte Flasche vor sich. Daraufhin verhaftete er den Fremden, der sich als der Handlungsgehilfe Grichsen, wohnhaft in Altona, auswies und erzählte, daß er vor etwa 14 Tagen mit seiner Braut, der 20jährigen Dora Paul, von Schleswig nach hier gekommen sei. Das Mädchen wohnte bei ihrem Bräutigam und gab in der Nacht zum 22. Januar einem Kinde das Leben. G. erwürgte gleich nach der Geburt das Kind und stach ihm, um ganz sicher zu gehen, eine große Sicherheitsnadel in das Herz. Von der Geburt hatten nur die beiden jungen Leute Kenntnis, da jegliche Spuren weggeschafft werden waren. G. fertigte darauf das Paket an und legte die mit Wasser gefüllte Flasche als Beschwerungsgegenstand hinein. Die völlig vereiste Elbe, in die er das Paket versenken wollte, hinderte ihn an der Ausführung seines Vorhabens und führte schließlich auch die Entdeckung des Mordes herbei. Die Mutter des Kindes wurde ebenfalls verhaftet.

Sonderburg. Staatsbeihilfen für Hafenausbau in Nordschleswig. Der dänische Verkehrsminister beantragte im Folketing Staatsbeihilfen für die Besserung des Hafens und Anlegung eines Kais in Vadersleben, für den Kai und eine Fahrrinne im Apenrader Hafen, für einen Kai im Hafen von Sonderburg und einen Fischerhafen. Für die drei letzteren Posten wird die Staatshilfe an die Bedingung geknüpft, daß auch von anderer Seite entsprechende Beiträge aufgebracht werden.

Schwerin. Brotpreisermäßigung und Arbeitsbeschaffung. In der Sitzung des Hauptausschusses des Landtages wurde beschlossen: Die Regierung erläßt mit Zustimmung des Hauptausschusses eine Verordnung, wonach sich der Brotpreis für einen Teil der Bevölkerung auf 7,50 Mk. gehalten wird, und zwar bis zu 12 Proz. der Bevölkerung in den fünf großen Städten, bis zu 8 Proz. der Bevölkerung in den kleineren Städten und auf dem Lande. Die Mittel hierfür sollen dadurch aufgebracht werden, daß der Brotpreis für die übrige Bevölkerung nicht 11,88 Mark beträgt, sondern auf 12,50 Mark festgesetzt wird. — Der Hauptausschuß stimmte ferner den Plänen der Regierung für Arbeitsbeschaffung zu. Das Mildenitz-Projekt soll nur der endgültigen Genehmigung durch den Landtag in Angriff genommen werden. Dabei werden 300—400 Erwerbslose einbezogen werden können. Die Stadt Rostock soll bei der Arbeit besonders berücksichtigt werden.

Lüneburg. Großfeuer. In Oberhode (Kr. Fallingbostel) entstand in der Scheune des Kreismoorvogts Schwahn, vermutlich durch Brandstiftung, Feuer. 17 Stück bestes Rindvieh, darunter 7 Milchkühe, und 110 Schafe verbrannten; nichts konnte gerettet werden. Auch das Futter, Heu und Stroh, ein Kutschwagen sowie sämtliche landwirtschaftliche Maschinen sind dem Feuer zum Opfer gefallen.

Bremen. Die Frage der Regierungsumbildung behandelt Genosse Rhein im „Bremer Volksblatt", und zwar in einer Polemik gegen die bürgerliche Presse. Es geht daraus hervor, daß die Anregung zu Verhandlungen von gegnerischer Seite erfolgte und daß sich die Sozialdemokratie bereit erklärte, in die Regierung mit einzutreten und die Verantwortung mit übernehmen zu wollen! Sie machte ihren etwaigen Eintritt in die Regierung von bestimmten Bedingungen für ein gemeinsames Arbeitsprogramm abhängig und sie hat sich erboten, die von ihr zu stellenden Forderungen näher zu formulieren und einer dann vom Präsidenten der Bürgerschaft einzuberufenden späteren Besprechung zu unterbreiten. Reichspolitische Ereignisse brachten eine Verzögerung in die Verhandlungen. Im November ließ die sozialdemokratische Fraktion erklären, der bevollmächtigte Ausschuß sei nunmehr in der Lage, die Richtlinien zu unterbreiten. Die Antwort beider bürgerlichen Parteien lautete dahin, daß sie bereit seien, in Verhandlungen über die Umbildung der Regierung einzutreten. Wie bekannt ist, ist die Sozialdemokratie seinerzeit aus innerparteilichen Gründen aus der Regierung ausgeschieden. Sie hat sich aber im Interesse des Staatswohls bereit gefunden, einem bis auf weiteres zu wählenden Geschäftssenat ihre Unterstützung angedeihen zu lassen, soweit das mit den Grundsätzen der Partei sich vereinbaren ließ. Dieses Versprechen hat die Sozialdemokratische Fraktion loyal gehalten: dagegen hat man seitens des Geschäftssenats, dessen Lebensdauer allgemein, nur bis über die Budgetberatung hinaus in Aussicht genommen war, und seitens der Parteien, die ihn gebildet hatten, mehr und mehr es an der erforderlichen Rücksichtnahme auf die politische Stellung der Mehrheitssozialdemokratie, von der man wohlwollende Duldung erheischte, fehlen lassen. (Stadtwehr, Volksentscheid.) Genosse Rhein schreibt zum Schluß: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und damit die bremische finanzielle Misere wuchsen an. Und nun besann man sich auf die gute Gelegenheit, der Mehrheitssozialdemokratie die Verantwortung zum Teil mit aufzuladen. Das war der sichere Grund der Anknüpfung von Verhandlungen über die Regierungsumbildung, zu der sich die bürgerlichen Parteien eines Mittelsmannes in der Person des Bürgerschaftspräsidenten bedienten. Und dennoch war man nicht geneigt, ihr die parlamentarische Gleichberechtigung zuzuerkennen! Ist es nicht eine Tragikomödie, geeignet, Bremen in aller Welt im höchsten Grade lächerlich zu machen, daß die Volksparteiler und Demokraten ihren angeblichen ernsten Willen der Regierungsumbildung von der Frage des Zugeständnisses von fünf, statt vier Senatssitzen scheitern lassen können? In der Frage der Regierungsumbildung gibt es in der sozialdemokratischen Fraktion nur eine Stimme: die der entschiedenen Zurückweisung einer Brüskierung der Sozialdemokratie als nicht gleichberechtigte Partei bei der Regierungsumbildung! Ob der Weg weiterer Verhandlungen verschlossen oder noch offen ist, liegt lediglich bei den bürgerlichen Parteien. Ihre Schuld allein ist es, wenn die Verhandlungen den Ausgang genommen haben, den sie nahmen und nach dem Gange der Dinge nehmen mußten. Die Sozialdemokratie hat in einem einstimmig gefaßten Beschlusse ihre Stellungnahme dahin festgelegt, daß sie auf weitere Besprechungen keinen Wert legt, sofern die Vertretung im Senat nach der Stärke der Fraktionen ihr von vornherein zugestanden wird. Für die Partei gilt es als Ehrensache, an diesem Standpunkt der parlamentarischen Gleichberechtigung ein für allemal festzuhalten. — Nun hat auch der Parteiausschuß der Bremer Demokraten zu der Frage Stellung genommen. Er faßte eine Resolution, nach der die Haltung der Fraktion gebilligt wird. Er ist mit der Fraktion der Ueberzeugung, daß in der jetzigen Zeit nur eine Regierung auf breitester Grundlage den Schwierigkeiten der Lage gerecht werden kann. Die Umbildung der Regierung dürfe keinesfalls daran scheitern, daß die Deutsche Volkspartei auf den einen Sitz, der für die Mehrheitsverhältnisse im Senat unerheblich ist, nicht verzichten will. Die Forderung der Sozialdemokratie, die in der Regierung vertretenen Parteien müßten genau nach der Anzahl ihrer Bürgerschaftssitze im Senat vertreten sein, finde freilich keine Stütze in der parlamentarischen Praxis. Der Parteiausschuß erwarte von der demokratischen Fraktion, daß sie die Widerstände, die noch der Erweiterung der Regierung entgegenstehen, beseitigen werde. — Die Demokraten haben sich also wieder einmal selbst entmannt. Sie sind in dieser Frage ausschlaggebend, da sie das Zünglein an der Waage bilden. Aber die Demokraten wollen es mit der Volkspartei nicht verderben. Richtig wäre es gewesen, wenn die demokratische Fraktion den Auftrag erhalten hätte, den Rücktritt des gesamten Senats zu fordern und Regierungsumbildung auf der Grundlage parlamentarischer Gleichberechtigung vorzunehmen. Ehe sie das nicht restlos erfüllt, werden für die Sozialdemokraten alle Verhandlungen zwecklos sein.

Bremen. Der chauvinistisch gesinnte Senat. Die Bremer Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat dem Reichsminister des Innern, auf seine Aufforderung, besondere Maßnahmen zur Durchführung des Flaggenwechsels vorzunehmen, folgende Antwort erteilt:

„Der Senat hat davon abgesehen, besondere Maßnahmen zu treffen, da hierzu in Bremen kein Anlaß vorliegt. Er bedauert lebhaft, daß der Reichsminister des Innern eine Auffassung über die nationale Einstellung und Gesinnung der deutschen Schiffahrt hat, die nach der Ueberzeugung des Senats der Begründung entbehrt. Die bremische Schiffahrt und die mit der Seeschiffahrt und dem Ueberseehandel verwachsene Bevölkerung hat allerdings den heißen Wunsch gehabt, daß von der Einführung der neuen Handelsflagge abgesehen werden möge und hat mit blutendem Herzen am 31. Dezember die alte schwarz-weiß-rote Flagge niedergeholt. Sie muß aber nachdrücklich gegen eine Auffassung Einspruch erheben, die ihr unterstellt, sie werde nunmehr den Boden des Gesetzes verlassen und in ungesetzlicher Weise Widerstand gegen die Verfassung leisten."

Diese eigentümliche Antwort zeigt das monarchistische Herz des Bremer Senats recht offen. Sie ist aber auch verloren. Das deutsche Ansehen hatte bekanntlich den Erfolg, daß der Haß gegen den Geist des deutschen Militarismus alle Völker vereinte. Das deutsche Ansehen ist durch die Schuld der dümmsten Monarchie und der lächerlichsten Protzerei der herrschenden deutschen Kreise längst auf den Hund gekommen. Es wird durch das deutsche Volk wieder hochkommen, niemals unter den blöden Gesellen, die ihre Zeit mit Sehnsuchtsgeflöhn nach der schwarz-weiß-roten Flagge zu verbringen pflegen und die Reichsflagge zu sabotieren versuchen.

Bremen. Von den Unersättlichen. Der Ausschuß zur Regelung der Milchpreise gibt folgende Milchpreise bekannt: Der Landwirt erhält für 1 Liter Vollmilch einwandfreier Beschaffenheit frei Bremen 6 Mk., der Kleinhandelspreis ab Laden des Händlers beträgt 7 Mark. Der Milchviehhalter verkauft die Vollmilch zu 7 Mark, die Vorzugsmilch ab Stall zu 7,50 Mark. Für die Zubringung in die Wohnung des Verbrauchers sowie für die Lieferung in Flaschen werden übliche Zuschläge erhoben. Bremen hat also den Rekord geschlagen. Wie lange wird es dauern, bis andere Städte nachfolgen? Die Agrarier kennen in nur einen Gott: das Geld. Wer die Wucherpreise nicht bezahlen kann, soll die Milch den Reichen überlassen. Für diese besteht die Welt nur aus ihnen.

Gewerkschaften.

5. Bezirkstag des 13. Bezirks des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Am 29. Januar fand im Gewerkschaftshaus in Hamburg der 5. Bezirkstag des 13. Bezirkes des Deutschen Bauarbeiterverbandes statt. Möller gab den Geschäftsbericht für die Jahre 1920 und 1921. Er ging zunächst auf die Bautätigkeit ein; sie war während des ganzen Jahres 1920 sehr schlecht, ein Zustand, der bis Mitte 1921 dauerte. Nur im Tiefbaugewerbe war die Tätigkeit einigermaßen rege. Hier handelte es sich jedoch größtenteils um Notstandsarbeiten. Erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres, nachdem Gemeinden und Regierungen umfangreiche Baugelder zur Verfügung gestellt hatten, begann sich die Bautätigkeit zu beleben. So konnte bis Ende des letzten Jahres aus 36 Vereinen von einer guten, aus 24 von einer mittleren und nur aus 3 Vereinen von einer schlechten Konjunktur berichtet werden. Für das kommende Jahr wird die Bautätigkeit noch mehr einsetzen. Allein aus 20 Vereinen wird u. a. schon jetzt der projektierte Bau von etwa 1000 Siedlungshäusern gemeldet. Mit der Hebung der Hochbautätigkeit schwand allerdings wieder die Konjunktur im Tiefbaugewerbe. Die Frage des Bauarbeiterschutzes liegt noch sehr im argen. Das trat besonders mit dem Einsetzen der Bautätigkeit in Erscheinung. 42 Vereine berichten von einem mangelhaften Schutz, während nur von 19 Vereinen gesagt wird, daß die Bauarbeiterschutzbestimmungen durchgeführt werden. Die Mitgliedschaft muß darauf hinarbeiten, daß außer den bereits vorhandenen 21 Bauarbeiterkontrolleuren des Bezirks noch weitere eingestellt werden. Die Hoffnungen auf eine Sozialisierung des Baugewerbes sind bisher nicht erfüllt worden; es ist dies zu einem nicht geringen Teil der mangelhaften Mitarbeit der Mitgliedschaft zuzuschreiben. Sie sollte immer bedenken, daß das Baugenossenschaftswesen zwar noch nicht die Sozialisierung bedeutet, zweifellos aber als ein Vorläufer derselben zu betrachten ist. Neue Genossenschaften konnten daher in der verflossenen Periode nicht gegründet werden. Einige wurden sogar aufgelöst; ferner wurden einige von Hamburg aus gegründete Filialen selbständig gemacht und die hiesige Genossenschaft in eine G. m. b. H. umgewandelt. Das Schwierige bei den Baugenossenschaften sei die Lösung der Finanzfrage. Der Referent ging sodann ausführlich auf die bisherige Lohnpolitik und die an einzelnen Orten notwendig gewordenen Streiks ein und brachte zum Ausdruck, daß zurzeit in 11 Ortsvereinsgebieten ein Lohn von 8 bis 9 Mk., in 14 von 9 bis 10 Mk., in 20 von 10 bis 11 Mk., in 21 von 11 bis 12 Mk. und in 5 über 13 Mk. die Stunde gezahlt wird. Auf die Wirksamkeit des in der verflossenen Geschäftsperiode ins Leben gerufenen Lohnamtes eingehend, erklärte der Redner, daß dessen Tätigkeit von vielen Orten scharf angegriffen werde. So sei u. a. durch Rundschreiben des Bezirksvereins Eckernförde eine Protestaktion gegen das Lohnamt eingeleitet worden mit der Begründung, daß die kleinen Orte dabei hinsichtlich der Lohnsteigerung ins Hintertreffen kämen. Gleichzeitig sei durch diesen Protest dem Bezirksausschuß der Vorwurf gemacht worden, daß er sich zu einer solchen Politik hergeben beziehungsweise keine Aenderung eintreten lasse. Demgegenüber müsse einmal festgestellt werden, daß vor Bestehen des Lohnamtes bei den freien Vereinbarungen mit dem Unternehmertum stets die gleichfalls stark angegriffene unterschiedliche Staffelung zu verzeichnen gewesen sei, daß aber durch das Lohnamt endlich eine gewisse Einheitlichkeit in der Lohnsteigerung über die ganze Provinz eingetreten sei. Zugegeben werden müsse, daß die Wirksamkeit des Lohnamtes zu Beginn seines Bestehens allerdings durchaus negativ gewesen sei.

Lehmann gibt anschließend an Hand eines gedruckten Berichtes die Abrechnung der letzten beiden Jahre. Es schließt 1920 mit 56 444,42 Mk. und 1921 mit 78 295,75 Mk. in Einnahmen und Ausgaben ab. Seitens der Revisoren werden keine Einwendungen gegen den Bericht erhoben, sie ersuchen daher, Entlastung zu erteilen.

Es kam zu einer lebhaften Aussprache, in der u. a. auch die Lohnpolitik der Gewerkschaften angegriffen wurde. Die meisten Redner billigten jedoch die Lohnpolitik.

Im Schlußwort wies darauf Möller ganz entschieden die gegen ihn und den Bezirksausschuß erhobenen Angriffe zurück. Er schlug vor, die vorliegenden Anträge zur Lohnfrage dem Bezirksausschuß zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Bezirkstag stimmte diesem Vorschlage zu. Des weiteren wurde darauf einstimmig dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Mandatsprüfungskommission stellte als anwesend 108 Delegierte fest.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hatte darauf vom Hauptvorstand Behrendt-Hamburg das Wort über „Der Reichstarifvertrag und die Lohnpolitik". Er erläuterte eingehend die Vorgeschichte der Tarifentwicklung und die damit verbundenen außerordentliche schwierigen Unterhandlungen. Entsprechend der Aenderung habe sich auch der Standpunkt der Arbeitgeber zum Tarifvertrag geändert. Die ganze Entwickelung sei ein Spiegel wirtschaftspolitischer Entwickelung im Kleinen. Der Tarifvertrag, den die Organisation bis jetzt hatte, sei durchaus nicht befriedigend. Vieles sei der Abänderung bedürftig. Man habe indes herauszuholen versucht, was möglich gewesen wäre. Ob etwas zu ändern sei, wäre eine Machtfrage der Organisation, die lediglich in dem Vertrauen der Mitgliedschaft zu ihren Führern verankert läge. Erst auf Grund eines solch festen Vertrauens könne mit einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis, namentlich hinsichtlich der Allgemeinverbindlichkeit, der freiwillig gefeierten Stunden und der Arbeitsbereitschaft sowie der Baudelegierten, der Kurzarbeit, der Lehrlings- und besonders der Ferienfrage, erzielt werden. Bei den Schwierigkeiten, die gerade das Tiefbaugewerbe in fast allen diesen Fragen mache, habe man überlegt, ob überhaupt noch ein Reichstarifvertrag für diese Gruppe möglich sein werde. Als es jetzt galt, zu einem neuen Reichstarif für 1922 Stellung zu nehmen, war insofern eine neue Lage eingetreten, weil die Unternehmer sich inzwischen zu einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Betonbau zusammengefunden hatten. Der Hauptvorstand habe dem Unternehmertum hinsichtlich der zurückhaltenden Stellung der Organisation zu den Arbeitgebern des Tiefbaugewerbes keinen Zweifel gelassen. Es mag dies die Unternehmer bewogen haben, in allen drei Gruppen zusammenzugehen. Darauf habe die Organisation den Arbeitgebern die Forderungen zum Abschluß eines Reichstarifvertrages aufgestellt, auf die Redner im einzelnen einging.

In der Debatte sprach Preuß-Hamburg, der sich gegen den bisherigen dreitägigen Urlaub wandte. Auch die permanente Tagung der Verhandlungskommission bei Lohnverhandlungen muß umgestellt werden. Redner brachte eine entsprechende Resolution ein. Russe-Kurhanen hätte erwartet, daß statt der ständigen Resolutionen Verbesserungsvorschläge und Abänderungsvorschläge schriftlich vorgelegt werden müßten. Nicht erst bei 20 Wochen Beschäftigung soll die Ferienzeit einsetzen, sondern eine andere Form muß gewählt werden. Nicht nur Delegiertenausschüsse, vielmehr muß das Wort Betriebsräte eingefügt werden. Möller, Hamburg, nahm Stellung zu der eingebrachten Resolution Preuß und übte sachliche Kritik und empfahl Ablehnung. Bombach, Hamburg, bemängelte das bisherige Lohnsystem. Es muß Sache der Organisation sein, die Ausbildung und Existenzbedingungen in die Hand zu nehmen. Redner machte Verbesserungsvorschläge auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und der Arbeiterschutzbestimmungen in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Auch die brennende Wohnungsfrage läßt er Revue passieren. Schlüter, Hamburg, äußerte sich über die Tarifverträge im Baugewerbe. Die von Preuß eingebrachte Resolution, die die bisherige gewerkschaftliche Lohnpolitik des Verbandes nicht anerkannt und dafür die sogenannte „breite Kampffront der Hand- und Kopfarbeiter" fordert, wurde gegen 15 Stimmen der Konferenz abgelehnt.

Tagung des Reichsverbandes deutscher Polizeibeamten.

k. r. Eine Versammlung der Delegierten des Reichsverbandes deutscher Polizeibeamten tagte am 24. Januar im „Deutschen Hof“ in Berlin, um zu dem vom preußischen Ministerium des Innern ausgearbeiteten Gesetzentwurf für die Schutzpolizei, der auch den anderen Ländern des Reichs vorgelegt werden soll, Stellung zu nehmen. Vertreten waren Preußen, Sachsen, Bayern, Baden, Hamburg, Thüringen, Württemberg, Hessen, Bremen, Lübeck, Oldenburg, die beiden Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt, Oberschlesien und ferner die Beamten des Reichswasserschutzes, der Polizeibeamten der ehemaligen Kolonien und der Kriminalbeamten. Der Verband der Polizeibeamten in den ehemaligen Kolonien wurde durch Hessen, Bremen und Hamburg vertreten.

Der Vorsitzende, Polizeimajor Bäker, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Regierung, der Presse und der politischen Parteien und erteilte dann dem ersten Redner zur Tagesordnung: „Schutzpolizei — Berufsbeamtentum“ das Wort. Der Referent, Verbandssekretär Dr. Francke, ging auf den Inhalt des Entwurfes ausführlich ein. Dieser sehe ein Anstellungsverhältnis auf 12 Jahre vor und wolle dann den zur Entlassung kommenden Angestellten eine Zivilversorgungsberechtigung gewähren. Damit könnten sich die Polizeibeamten aber nicht abfinden lassen. Der Reichsverband habe deshalb einen Gegenentwurf ausgearbeitet, der unter Berufung auf § 10 der Verfassung des Deutschen Reiches lebenslängliche Anstellung mit Pensionsberechtigung und die Eingliederung der Schutzpolizei in das allgemeine Beamtenrecht verlangt. — Geheimrat Kreß trat ebenfalls für diese Forderungen ein. Eventuell hoffe er trotz der großen Verschiedenheit der beiden Entwürfe auf eine Verständigung. Der Reichsverband wolle, daß die Schutzpolizei in das Berufsbeamtentum eingereiht werden und auch entsprechende Rechte erhalten soll, ein anderes Verhältnis müsse abgelehnt werden. — Hierfür traten auch die Diskussionsredner ein. — Nach der Aussprache wurde eine Resolution, welche von der Regierung die Bewilligung der Forderungen verlangt, einstimmig angenommen.

Aus aller Welt.

Lohngeldraub. Aus Beuthen wird gemeldet: Am Dienstag wurde ein Beamter mit 825 000 Mark Lohngeldern auf dem Wege vom Zechenhaus nach der Werkstatt der Hohenzollerngrube von vier bewaffneten Banditen angefallen, die ihm das Geld raubten. Mehrere hundert Arbeiter eilten auf die Kunde von dem Raube mit ihren Werkzeugen bewaffnet herbei und verfolgten die Räuber, die sich der Verfolger durch Revolverschüsse und Handgranaten zu erwehren suchten. Zwei der Banditen sind festgenommen.

Der Mordanschlag gegen die eigene Mutter. Ein Bild grenzenloser Verwahrlosung boten die vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts I in Berlin aufgerollten Tatumstände in einem Prozeß wegen eines Mordanschlags gegen die eigene Mutter. Vor der Kammer hatte sich als Mittäterin an dem Verbrechen die 16jährige Gertrud Jobs auf die Anklage des versuchten Mordes zu verantworten, während gegen den Hauptschuldigen, den 19jährigen Arbeiter Franz Zagacki, das Verfahren vor dem Schwurgericht schwebt. Zagacki wohnte bei seiner Mutter in der Linienstraße in einer ihm zur Verfügung gestellten Kammer, die wiederholt auch der 16jährigen Angeklagten, die aus tieftraurigen Familienverhältnissen stammt, und mit Zagacki in engstem Verkehr stand, Tag und Nacht als Aufenthaltsort diente. Zagacki war in leichtsinnige Gesellschaft geraten und seit September arbeitslos. Seine Mutter machte ihm darüber häufig Vorwürfe. Bald reifte in dem unseligen Menschen der furchtbare Plan, seine Mutter zu töten und zu berauben. Zagacki und die Angeklagte gingen nun am 6. November in die Wohnung der abwesenden Mutter, und als diese von einem Marktausgang nach Hause kam und mit dem Rücken zur Tür in der Küche stand, schlug ihr der Sohn mit einem Beil auf den Kopf, so daß sie blutüberströmt umfiel. Sie raffte sich noch einmal auf, erhielt aber noch zwei Schläge auf den Kopf. Der Sohn hielt ihr auch den Mund zu, um sie am Schreien zu verhindern. Die Gertrud holte zwei Steppdecken herbei, die der Mutter über den Kopf geworfen und verschnürt wurden. Beide Verbrecher schleppten dann die Frau in die Stube. Zagacki schnitt der Mutter die Pulsadern auf und stach ihr, als sie sich noch wehrte, in die rechte Brustseite. Beide legten dann die Frau ins Bett, packten Laken und Bettkissen über sie und schnürten diese Sachen am Kopf- und Fußende mittes starker Bindfaden zusammen. Das Mädchen kleidete sich dann mit Sachen, die der Ueberfallenen gehörten, um; Zagacki entwendete seiner Mutter 1200 Mark, kaufte sich in einem im Hause befindlichen Geschäft einen Anzug, kaufte Kuchen und Zigaretten und ging wieder zur Wohnung hinauf. Inzwischen war ein Wunder geschehen: die Schwerverletzte war wieder etwas zu sich gekommen, es gelang ihr das Bett zu verlassen, sie verriegelte die Stube, öffnete das Fenster und rief um Hilfe. Der verbrecherische Sohn und das Mädchen konnten sofort verhaftet werden. Das Gericht beschloß auf Antrag des Verteidigers, Justizrats Davidsohn, die Verhandlung vorläufig auszusetzen, bis zur Entscheidung darüber, ob Zagacki vor den Geschworenen zur Verantwortung gezogen werden kann.

Der Naturheilkundige Bilz, Begründer des gleichnamigen Sanatoriums und eines Familienluftbades, ist in Radebeul, beinahe 80 Jahre alt, gestorben.

Sport.

T. T. V. I — Viktoria I. Nachdem die Viktorianer am letzten Sonntag bewiesen haben, daß sie ein nicht zu unterschätzender Gegner sind, werden sie sich am Sonntag der I. Mannschaft des „A. T. V.s“ stellen. „Viktoria“ wird mit neuer Aufstellung alles daran setzen, um mindestens ehrenvoll abzuschneiden, während „A. T. V.“ seine eventl. erste Niederlage durch einen Lübecker Verein zu verteidigen hat. Das Spiel beginnt um 2½ Uhr auf dem Sportplatz Alte Kaserne. K. . . s.

Theater und Musik.

Stadttheater.

„Macbeth“, Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare. Dies gewaltige Drama gehört jener Periode im Schaffen Shakespeares an, die als bedeutungsvollste bezeichnet werden darf. Es ist kein eigentlich historisches Stück, sondern sein Stoff ist einer nordischen Legende entnommen. Daß in die blutige Handlung, die auf schottischem Boden spielt, auch Namen geschichtlicher Persönlichkeiten hineingeschrieben wurden, ändert daran nichts. In „Macbeth“ schreitet dies tragische Schicksal mit unerbittlicher Konsequenz über Leichen bis zur Vernichtung des Helden. Dieser selbst, anfangs ein tapferer, treuer Mann, wird erst durch höllische Mächte, durch die spukhaften Hexen, welche ihm den Königsthron in Aussicht stellen, auf die Bahn des Mordes gebracht, auf welcher ihn dann seine Gattin immer weiter treibt, zur Höhe und zum Verderben. Macbeth ist berauscht von dem Glanz der ihm winkenden Krone, glaubt sich vom Schicksal zum König bestimmt und daher berechtigt, diejenigen zu beseitigen, die ihm hindernd im Wege stehen. Aber die Sprüche der Hexen haben ein so zweifaches Gesicht, wie die Orakel der alten Griechen; sie äffen den, der blind den Worten vertraut, ohne ihren versteckten Doppelsinn zu ahnen. So muß denn Macbeth fallen, nachdem die Weissagung der Hekate sich im übrigen erfüllt hat.

Man wird Charaktere wie Macbeth und Lady Macbeth gewiß nicht lieben können, aber man wird sie in der kühnen Gestaltung Shakespeares bewundern müssen, weil sie aus einem Gusse sind. Bewunderungswürdig ist auch der ganze wuchtige Aufbau des Werkes. Auf seine Wiedergabe, die Dienstag im Stadttheater erfolgte, war sehr viel Fleiß verwendet worden, und manches gelang recht gut. Herr Heidmann hatte als Regisseur, wo es ihm im Interesse einer schnellen Szeneriewirkung oder malerischer Wirkungen zweckmäßig schien, stilisiert und die Bühne in eine vordere und hintere Abteilung zerlegt, auf denen abwechselnd die Handlung sich entrollte. Dabei hatte Herr Ludwig als technischer Arbeiter verdienstlich mitgewirkt. Manches war mehr, einiges weniger geglückt. Herr Stein war als Macbeth von bedeutender Wirkung. Er bemühte sich durchweg erfolgreich, die markanten Züge des ruhelosen Blutmenschen herauszuarbeiten; nur sollte er sich hüten, alle Empfindungen mit gleicher Stimmkraft in die Welt zu schreien. Dadurch werden Steigerungen sehr erschwert. Eine fein durchdachte, fesselnde Leistung bot Fräul. Konn als Lady Macbeth, besonders auch als Nachtwandlerin. Die Herren Bündter (Duncan), Süßengut (Macduff) und Brandt (Banquo) sowie die Damen Winds (Lady Macbeth) und Geißel-Herman (Hekate) seien noch lobend erwähnt. Das dicht besetzte Haus wurde von dem Werke und seiner Wiedergabe stark gebannt und spendete überaus lebhaften Beifall. ×

Vorstandswahlen für die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden.

Zur Eintragung in die Wählerlisten wird die Geschäftsstelle für die kirchlichen Wahlen (Braunstraße 2, Statistisches Amt) am Sonnabend, dem 4. Februar, auch nachm. bis 7 Uhr geöffnet sein.

Lübeck, den 2. Februar 1922. (12645

Die Kirchengemeindevorstände.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und überaus reichen Kranzspenden anläßlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, spreche ich im Namen der Hinterbliebenen meinen aufrichtigsten Dank aus.

Frau Catarine Folkers geb. Tonn.

12646) Marlesgrube 25.

In der Ortsgruppe **Hamburg** des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen ist die Stelle des

1. besoldeten Vorsitzenden

sofort zu besetzen. Bewerber, die über die notwendigen sozialpolitischen und organisatorischen Kenntnisse verfügen und mindestens ein Jahr Mitglied obenbezeichneter Organisation sind, wollen ihre Gesuche unter Angabe der Gehaltsforderung bis zum 10. Februar 1922 an die Ortsgruppe Hamburg des Reichsbundes usw. z. H. Herrn **Neumann,** Hamburg, Gr. Theaterstr. 44/45 richten. (12778

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Ortsverw. Lübeck.

Nachruf.

Am Dienstag, d. 31. Jan., starb unser treuer Kollege, der Kajarbeiter

Joh. Holst.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 6. Febr., nachm. ½4 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt. Sammelpunkt der Kollegen daselbst 2 Uhr. (12677

Die Ortsverwaltung

Gestern morgen entschlief plötzlich u. unerwartet unser Liebling

Willi

im zarten Alter von 6 Wochen. (12688

In tiefer Trauer: **W. Finke und Frau** geb. Löhndorf, Klein-Mühlen.

Zu sofort ein junges **Mädchen.** (12663 Glockengießerstr. 63, I.

Morgenmädchen gesucht 12660) Falkenstr. 32 f.

Lehrmädchen für Lebensmittelgeschäft zu Ostern gesucht. (12681 **H. Prümm,** Wahmstr. 21

Tüchtige **Arbeiterinnen** gesucht. (12683 **Paul Lohrmann,** Hundestraße 95.

Tausch. ges. gr. 3-Zimmerwohnung gegen 2-Zimmerwohnung. Ang. u. HZ3 a. d. E. (12684

Jacketts f. Konfirmanden zu verkaufen. (12670 Burgstr. 41. (Burgtor)

Ein Paar Damenstiefel (Gr. 41) zu verkaufen. 12659) Dornestr. 21 II

Komm. Kinderbettstelle Küchenschr. u. Tisch zu verk. 12629 Lü., Lohberg 47 H.

Ein bl. Mantel f. Konfirmandin zu verk. (12648 Finkenheerstr. 281

Eine gute tragende Milchziege zu verkaufen 12655) **Gustav Braasch** Seerosenmühle 3.

Blockwag., Damenrad u. a. F. verbetteg. (1 661 Ang. u. E. W. a. d. Exp. d. B.

W. Leute n. e. Kind v. 1¾ J. z. Pflege, a. liebst. i. d. Elsmaistr. od. d. Nähe. Näh. Elsmaistr. 26a, abds. nach 6½ Uhr. (12667

Damen-Maskenkostüme zu verm. Wakenschan Sackenb. Allee 13. (12634

Kl. D.-Maskenk. z. verm. 12651) Blücherstr. 41 II.

S. D.-Maskenanz. z. verm. 12680) Wickedestr. 41 II.

3 D.-Maskenanz. z. verm. (10-30 M.) Elsmaistr. 24 (12672

Hasen-, Kanin-, Ziege-, Kalb-, Reh- sowie sämtliche anderen Sorten (12587

Felle,

Pferde- u. Rauschwanzhaare kauft zu den höchsten Tagespreisen

J. Wagner Holstenstr. 8. F. 3414.

Neue Ausgabe! Gültig ab 1. Januar 1922

Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Lohnsteuer)

Von **Wilhelm Kell,** Preis Mk. 4.50.

Buchhandlung des **Lübecker Volksboten.**

Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus 4 Mark. Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.,** Johannisstraße 46

Roßschlachterei A. Steinert, Marlesgrube 27. Empfehle heute und folgende Tage **prima** (12687 **fettes Fleisch.**

Kolonial- und Fettwarenhaus Jürgen H. Diews Karlsenstr. 27a. Empfehle: (12668

Tafel-Margarine	22.80
Käse Pfd.	14.—, 32.—
Ger. Kardonaden-speck Pfd.	28.—
Nudeln Pfd.	8.80
Zucker Pfd.	7.50
Stärke (Hoffmann)	12.—
Bleichsoda (lose)	1.50

Haltb. Hofenträger Herrenwäsche Krawatten (12632 in großer Auswahl Papier-Wäsche (Meyskäuflich) Fabrikpr. **Aug. Janensch** Sandstraße 6.

Karl Lahrtz Böttcherstraße 16. Dickf. Ochsenfleisch 14 M. Dickf. Bratenstücke 14 M. Brefsteak, Rollfleisch 16 M. la. fettes Schweinefl. 20 M. la. Rücken u. Nacken 22 M. la. Kalbfleisch 12 M. la. weiß Schmalz 28 M. Annahme v. Fleisch z. Räuchern

Spez. Verlobungsringe 333, 585, 750 u. 900 gen. Silberwaren. Schmucksachen. Taschen- u. Weckuhren **Willi Westfehling** 32 Holstenstraße 32 Uhren- und Goldwaren Reparatur-Werkst. (12683

Quecksilber jedes Quantum kauft **Pfandhaus Hüxstr. 113.**

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich **Rosenstraße 12** einen Damen- u. Herren-Frisier-Salon und bitte um gütigen Zuspruch. (12647

Hochachtungsvoll **Chr. Hillbrandt.**

Unüberbietbar bin meine Preise für **Gold-, Silber-, Platin-Sachen** Gebisse, Uhren, Doublee

Die tatsächliche Reellität überzeugt Sie von meiner Leistungsfähigkeit.

Brennmann, Beckergrube 24 (Zigarrengeschäft). (12682

Solange Vorrat reicht! Jeden Tag im Markthallenstand 9 die beliebten **Ochsen- und Hammelbacken.** 12680) **Westphal und Nehlsen.**

Ankauf roher Fellen aller Art Tierhaaren von zu höchsten Preisen bei reeller Abnahme. **Annahme von Fellen zum Gerben. J. L. Würzburg** Fell- u. Haar-Großhandlung 12631 Wahmstr. 22a. Fernspr. 753.

Beitragsmarken für Vereine, Gewerkschaften fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung **Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

Die höchsten Tagespreise für **Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.** erzielen Sie bei (12420 **Selig L. Cohn,** Wahmstraße 62. Telephon 2155.

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden. Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.

Preis das Paket Mk. 1.50

Achtung! Durch einen größeren **Abschluß** sind wir heute noch in der Lage, die unüberbietbaren Preise für **Gold-, Silber-, Platin-,** Bruchsachen goldene Uhren, Gebisse, einzelne Zähne, 12642) **Doublé und Münzen** trotz des Dollarsturzes zu zahlen.

Wo verkaufen Sie Ihre Wertobjekte?? Nur in dem als **streng reell** bekannten Geschäft **Silbermann & Co., Pfaffenstraße 13.** Edelmetall-Kontor.

Bei **Schuh-Buchholz** Schwartauer Allee 4, Gr. Burgstraße 36 finden Sie gute und noch preiswerte **Schuhwaren aller Art.** Beachten Sie meine Fensterpreise. (12679

Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan (Musterschutz)

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen.

Hotel Viktoria Fernruf 452.
Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues Haus
am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

Hotel Stadt Hamburg
Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße,
Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

C. Hansdiens Restaurant. F. 8686. Weiter Krambuden 7. Tägl. musikalische Unterhaltung. Mittagstisch 12-2. Abendtisch 6-9 Fremdenzimmer

Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser. Inh. Aug. Bräck Wwe. Königstraße 41 Fernsprecher 581. Gute Küche. Straßbahnlinie 3.

Theater-Restaurant u. Café
Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

Bodega Weinstuben. F. 8986. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütl. Aufenthalt.

Rathaushalle Tägl. von 5—1 Uhr Künstlerkonzert.
Billards. W. Brahn.

Stadthallen — Weißer Saal
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr. F. Lantau.

Stadt-Café Holstenstraße 17. Täglich Künstler-Konzert.
Paul Ferck.

Café Viktoria Täglich Konzert. Mühlenbrücke 1.

Reserviert für
Café „Opera"

Café Poland Tägl. Künstler-Konzert

Café Bernhardt Fackenburger Allee 9.
Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Reserviert.

Neues Lichtspiel-Theater
Fernruf 8895. Breite Straße 16.
Erste und vornehmste Lichtbildbühne.
Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem nur die auserwähltesten Programme.
Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tusculum Fischstraße 4. Bar m. Weinstuben. Dezente Musik.

Gerhard Tschorn Speisekasino. Johannisstr. 3.

Julius Stammer Konditorei — Kaffee. Lindenstraße 1b.

Hodermanns Konditorei
Täglich Konzert.

Uhren, Goldwaren u. Musik.

C. Porté Goldschmiedemeister. Fabrikation u. Verkauf eigenloser Trauringe.

Ludwig Zander Juwelier u. Goldschmied.
Fernruf 8760. Marlesgrube 3.

Lorenz Behnfeldt Pfaffenstraße 8.
Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Goldschmied. Breite Straße 43.
Gold-, Silberwaren. Versilb., Alpacca-, Nickelwaren.

Hallers Musikhaus Lübeck.
Markt 2.

Meyer & Eggert Fernruf 2425. Königstraße 116.
Musikinstrumente.

Musikhaus Fr. Dietrich & Co.
Musikinstrumente. Bestandteile. Noten jeglicher Art. Saiten. Beckergrube 27.

Musik- Instrumente, Lauten, Guitarren, Mandolinen usw.
Ernst Robert. Breite Straße 33. Fernr. 8760.

Ehlers & Rectwisch St. Petri 2/4. Holstenstraße 1. Das Haus der guten Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

Café Nachtfalter Fernruf 3529. Mühlenstraße 46.

Trocadero Fernruf 787. Schüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weberus-Konzerte. Sonntags 5 Uhr.

Fledermaus Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung und Tanz. I. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

U. T.-Lichtspiele Fünfhausen 17/19, im Hause der Fledermaus.
Jeden neues Dienstag spannendes Programm. Anfang 5 Uhr.
Sonntag 4 Uhr. Letzte Abendvorstellung 8 Uhr.

Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel? Bei **Paul Burmester Jr.**, Holstenstraße 24.

Georg Petersen Hüxstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

E. Hardt, Mechanische Strickerei
Lübeck, Fischergrube 60

Schuhwarenhaus W. Blumenthal Kohlmarkt 1. Sandstraße 2—4.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg

Lübeck ab	Hamburg an	Hamburg ab	Lübeck an
6^{30}	7^{43}	5^{30}	7^{05}
2—3 Std.		2—4 Std.	
7^{47}	9^{21}	7^{05}	8^{51}
2—4 Std.		2—4 Std.	
9^{40}	11^{08}	8^{20} D	9^{21}
2—3 Std.		8^{40} D	9^{37}
11^{08}	12^{35}	10^{17}	11^{54}
2—4 Std.		2—4 Std.	
1^{28}	2^{55}	12^{22}	1^{56}
2—3 Std.		3^{30}	5^{10}
3^{44}	5^{02}	2—4 Std.	
4^{17}	5^{59}	5^{10}	6^{37}
2—4 Std.		7^{22}	9^{00}
7^{16} D	8^{20}	2—4 Std.	
7^{22}	9^{00}	9^{00}	10^{25}
2—3 Std.		11^{40}	1^{05}
8^{16} D	9^{14}		
9^{20}	11^{02}		
2—4 Std.			

Büchen

Lübeck ab	Büchen an	Büchen ab	Lübeck an
8^{00}	9^{13}	6^{34}	7^{43}
1^{30}	2^{47}	11^{45}	1^{00}
4^{12}*		3^{45}*	1^{29}
5^{30}	6^{32}	3^{27}	4^{42}
9^{12}	10^{24}	7^{22}	8^{40}

* D Berlin-Stettin und zurück.

Kleinen

Lübeck ab	Kleinen an	Kleinen ab	Lübeck an
7^{15}	8^{53}	5^{50}	7^{25}
9^{36} D	10^{28}	9^{02}	10^{57}
9^{42} D	10^{41}	1^{54}	3^{36}
12^{02}	1^{44}	— D	7^{10}
5^{19}	7^{08}	7^{08} D	8^{08}
9^{12}	10^{51}	7^{26}	8^{05}

Eutin

Lübeck ab	Eutin an	Eutin ab	Lübeck an
7^{15}	8^{12}	6^{15}	7^{22}
9^{47}*	10^{45}	8^{25}	9^{18}
12^{18}	1^{09}	12^{24}*	1^{21}
		2^{58}	3^{58}
1^{42} D	2^{35}	3^{26} D	4^{12}
2^{00}	2^{56}	7^{29} S	8^{34}
7^{21}	8^{20}	7^{45}	8^{59}

* Nur bis auf weiteres.

Segeberg

Lübeck ab	Segeberg an	Segeberg ab	Lübeck an
8^{05} W	10^{02}	5^{45}	7^{08}
9^{00} S	10^{20}	10^{32} W	11^{55}
2^{10}	3^{35}	10^{37} S	11^{55}
7^{30}	8^{55}	4^{15} W	6^{15}
		5^{45} S	7^{08}

Travemünde

Lübeck ab	Travemünde Stadt an	Travemünde Strand an	Hamburg an
5^{27} W	6^{01}	—	6^{22}
8^{15} W	9^{00}	—	
8^{15} S	9^{00}		9^{38}
2^{07}	2^{47}	—	3^{15}
6^{45}	7^{32}	—	7^{43}

Hamburg ab	Travemünde Strand ab	Travemünde Stadt ab	Lübeck an
6^{35} W	—	8^{54}	7^{37}
9^{58}	—	10^{11}	10^{30}
—	—	11^{10}	12^{19}
4^{00}	4^{08}	4^{16}	5^{00}
7^{54}	8^{00}	8^{12}	8^{53}

W = Wochentags.
S = Sonntags.
D = D-Zug.
(Ohne Gewähr).

Markmann & Meyer Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe. Markthalleneingang Breite Straße.

Adolf Borgfeld, Lübeck Inhaber Hermann Kuhlk.
Oefen, Herde, Grudeherde, Gaskocher Größte Auswahl bei günstigsten Preisen.

Reserviert für
H. E. Koch Möbelhäuser Marlesgrube.

Uhren-Voss Breite Straße 66. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8398.

Walter Büttner Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und Metalle en gros.

Auto-Eschen Fernruf 1894.

Camphausen & Co.
Kraftfahrzeuge.

Possehl's Kohlenhandel
Abteilung Beckergrube Fernspr. 8330-8333.
Abteilung Mühlenstr. 62 Fernspr. 8720-8723.
Koks · Kohlen · Briketts
Alleinverkauf des Lübecker Caskoks.

E. Braunschweig Nchf.
Fernruf 8210, 8717.
Johannisstraße 16, I.

Max Boye Holz-, Kohlen- und Holzkohlen-Lager. Tägliches Platzverkauf: Falkenstraße. Telephon 8441.

F. W. Tietz
Transport- und Feuerungsgeschäft
Koks, Kohlen, Briketts. Fernruf 948. Pelzerstr. 24.

Lebensmittel und Drogen.

L. Roeper Fernruf 8915. Königstr. 75. Kaffeegroßrösterei und Kolonialwaren.

Reserviert für
J. G. Niederegger Marzipan.

Dampfbäckerei „Hansa" Lübeck
J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

Hansa-Meierei Fackenburger Allee 59a und b.
Fernruf 281/557.

Rostocker Butterhandlung
Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

Th. Storms Nachf. Chr. Stakelbeck
Fernruf 473. Königstraße 98 Spezial-Butter- und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel

Emil Aland Wurstwarenfabrik, Lübeck,
Mengstraße 2.

Erich Heim Wurstfabrik.
Fleischhauerstraße 54.

Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen
W. Sander. Fernruf 8121. Markt 3.

Fischversandhaus „Möwe". Allr. Beßmann & Co., Lübeck. Fernruf 1952. Kl. Burgstraße 6. Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

Heinrich Prümm Fernruf 651. Wahmstr. 21.
Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

Ludw. Buck Fernruf 3784. Breite Straße 36.
Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

C. Klein Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4.
Delikatessen — Fettwaren.

Johannes Hanssen Balauerfohr 17
Delikatessen — Fettwaren.

Reserviert für
Janssen Delikatessen Beckergrube 7.

Spethmann & Fischer Kartoffeln, Frucht,
Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

Fr. R. Muuß Günstiger Einkauf von Lebensmitteln. Alfstraße 25

C. F. Alm Holstenstraße 12. Fernruf 300.
Farben, Drogen, Chemikalien.

Diana-Drogerie Paul Stammer. F. 8644.
Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe. Toiletteart.

Ferd. Kayser Drogerie.
Breite Straße 81.

Bruno Soltmann
Fleischhauerstr. 31. Konditorei u. Kuchenbäckerei.

Ernst Voß. Große Burgstraße 59. Kolonialwaren. Spirituosen.

Lübecker Central-Brotfabrik
R. Spangenberg, Lindenstraße 20/22.

Fr. Weingärtner Nachf., Johannisstr. 3
Konditoren. Delikatessen.

Schuh- und Lederwaren.

Ed. Teuteberg
Lederhandlung.
Untertrave 67.

Auguste Popp Schuhwarenhaus.
Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

Friedrich Baurenfeind
Schuhwaren. Fernruf 1365. Mühlenstraße 84.

Wilh. Ewert, Schuhwaren. Untertrave 8.
Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

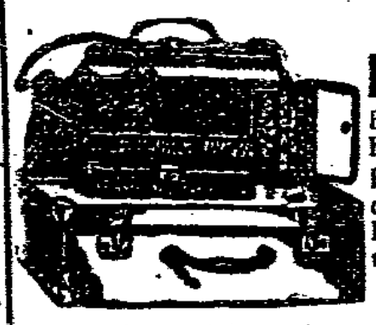
Chr. Rebien Schwönckenquerstraße 25.
Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

Karl Brandt. Schuhmacherei.
Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Engelsgrube 2.

B. Dittmer. Fünfhausen 7. Schuhreparaturwerkstätte. Maßanfertigung.

Carl Hans Kühl Fernruf 2988. Mühlenstraße 42.
Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Alexander Krock, Königstr. 47, b. d. Johannisstr.
Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.



F. Fränkel
Breite Straße 35 und Holstenstraße 4.
Billigste Bezugsquelle in echten Lederwaren, Koffern und Reiseartikeln.